

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.

Abonnementpreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Bestellgeld. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition Berlin S. 69, Urbanstr. 63 I.

Inserate

pro vierstellige Zeile 60 Pf., Stellungsfläche 40 Pf., für Verbandsmitglieder 40 Pf., Veramlungsanzeigen 20 Pf., Privat-Anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 38.

Berlin, den 14. September 1912.

28. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Die Erhebung eines Lokalbeitrages von den weiblichen Mitgliedern in Höhe von 10 Pf. pro Monat ist von der Zahlstelle Rudolfsstadt beschlossen und unsererseits genehmigt worden.

Der Verbandsvorstand.

Die Lebensmittelteuerung.

Im Sommer des Jahres 1911 setzte eine ganz ungewöhnliche Steigerung der Preise auf fast alle Lebensmittel ein. Die Erhöhung ist nicht, wie von interessierter Seite behauptet wurde, eine „vorübergehende Erscheinung“ geblieben. Vergleiche zwischen den Preisen dieses Jahres mit denen im Vorjahre zeigen vielmehr, daß ein weiteres Anziehen der Lebensmittelpreise stattgefunden hat. Das trifft vor allem zu für das Fleisch, das in den letzten Wochen im Preise derart gestiegen ist, daß die große Masse des Volkes sich solches kaum noch leisten kann. Diese Steigerung der Viehpreise wurde von den Sozialdemokraten vorausgesehen und in Reichstagsrede von den Abgeordneten und in der sozialistischen Presse vorausgesagt. Sie mußte kommen, da die Regierung sich beharrlich weigert, die Grenzen zu öffnen, vor allem Futtermittelgollfrei hereinzulassen. Da die ungünstige Witterung Futter- und Hackfrüchte schädigte, mußte der Viehzüchter auf ausländisches Futter zurückgreifen. Die wichtigsten Futtermittel, Gerste und Mais, unterliegen aber einem hohen Einfuhrzoll. Prof. Quenhausen hat berechnet, daß der Gerstengoll ein Kilo Schweinefleisch mit 5½ Pf., der Maisgoll mit 11 Pf. belästet. Da die Viehzüchter die hohen Futterpreise nicht erschwingen konnten, gingen sie dazu über, ihre Tiere zu schlachten; zuerst die weniger wertvollen Schweine. Infolgedessen fielen die Schweinepreise etwas. Seit dem Winter ist aber ein Mangel eingetreten, und so begann das Steigen der Fleischpreise von neuem. Vom Januar bis Juli d. J. erhöhte sich der Durchschnittspreis für Schweinefleisch von 145,8 auf 164,8 Pf. pro Kilo.

Im Inland herrscht Mangel an Schlachtvieh — diese Tatsache läßt sich nicht abstreiten. Daß die Preissteigerung auch mit verschuldet wird durch den Zwischenhandel, ist zuzugeben, ausschlaggebend aber ist die Abperrung der Grenzen. Nicht bloß die Einfuhr von lebendem Vieh, auch die Einfuhr von Fleisch über die deutsche Grenze ist durch die bestehenden Zollschranken und schikanösen Bestimmungen dermaßen erschwert, daß sie fast außer Rechnung gestellt werden muß. Die Einfuhrzölle und die Einfuhrerschwerungen aus angeblich veterinärpolizeilichen und hygienischen Gründen stehen dem entgegen. Der Einwand, daß man das inländische Vieh vor Tierseuchen und die Bevölkerung vor gesundheitsschädlichen Nahrungsmitteln schützen wolle, ist eitel Lüge. Gerade das deutsche Vieh neigt infolgeder übertriebenen Mastzucht zu Seuchen. Die Stallzucht, die möglichst die Fleisch- und Milchproduktion in die Höhe treibt, führt leichter zur Degeneration als Weideweide. Aber das in England eingeführte geschlachtete, gefrorene oder das noch bessere gefüllte Fleisch loben auch Nichtengländer. In den letzten Jahren sind regelmäßig fünf bis sechs Millionen Zentner gefülltes und gefrorenes Rindfleisch in England eingeführt worden und bisher hat die zur Ueberwachung eingesetzte Sanitätskommission noch keine gesundheitlichen Gefahren entdecken können.

Da die Fleischpreise dort im ganzen billiger sind, können auch von den weniger Bemittelten Schichten die wertvolleren und geschmackvolleren Teile gekauft werden, während die Arbeiter in Deutschland, wenn überhaupt, dann nur auf minder gutes Fleisch angewiesen sind. Die Einfuhr von Gefrierfleisch nach Deutschland ist geradezu unmöglich gemacht. Zwar ist die Einfuhr von Fleisch in gefülltem Zustand nicht direkt verboten, da dies den Handelsvertretern zuwiderlaufen würde, aber die Bestimmungen über die Fleischbeschau sind so schikanöser Art, daß sie einem Verbot gleichkommen. Unter dem Vorwande, daß die Untersuchung der inneren Organe — Lunge, Leber, Därme usw. — unerlässlich ist, fordert man, daß diese Teile nicht vom Tierkadaver abgetrennt werden dürfen. Aber auf diese Weise ist der Transport unmöglich, weil dann selbst in gefrorenem Zustande die Tierkadaver leicht in Fäulnis übergehen würden.

Die Frage, ob Zwischenhändler und Fleischer die Hauptschuld für die hohen Fleischpreise tragen, wird in einem Artikel des „Vorwärts“ vom 18. August behandelt, worin es u. a. heißt: „Nicht das Geschrei über die Teuerung erlaubt den Fleischern, so hohe Preise zu nehmen, sondern das immer geringer werdende tatsächliche Angebot, wie es für Ochsen, Schafe und auch Kälber schon in die Erscheinung getreten ist. Uns liegt nicht im mindesten daran, den Anteil der Großhändler, die mit ihrem Kapital Viehzüchter und Schlächter aushalten und ausnützen, noch den der Kleinschlächter zu verschleiern. Mit steigendem Preise wächst natürlich auch der Verdienst der Zwischenhändler. Beseitigt den Zollwucher, und diese Gewinne werden fallen!“

In einer Polemik gegen die „Kreuzzeitung“ sagte der „Vorwärts“ in seiner Ausgabe vom 23. August u. a. folgendes:

„Wir leugnen die Mitschuld des Zwischenhandels nicht, empfehlen der „Kreuzzeitung“ aber, nicht wie blind auf diese Differenz zu starren, sondern einmal den Unterschied zwischen den Viehpreisen in verschiedenen europäischen Staaten aufmerksam zu studieren. Da wird sie finden, daß schon die Viehpreise des Inlandes wesentlich höher stehen als die der zollfreien Auslandsstaaten. Je höher die Rohpreise, um so größer die Zwischengewinne und die Detailpreise, denn das im Vieh- und Fleischhandel angelegte Kapital will keinen geringeren Profit als das anderen Erwerbsquellen zugewandte Kapital. Auch hindert gerade die Sperre für ausländisches Fleisch jede Konkurrenz und fordert zu Extraprofiten heraus.“

In den Grenzgebieten zeigt sich der Unterschied zwischen ausländischen und inländischen Fleischpreisen am deutlichsten. Gewöhnlich ist im Grenzverkehr die zollfreie „Einfuhr“ von kleinen Quantitäten gestattet. So berichtet unser Freiburger Parteiblatt, daß von der badischen Grenze aus die Leute in Schwaben nach Nieshen (in der Schweiz) ziehen, um Fleisch einzukaufen. Täglich werden von dort mindestens zehn Zentner über die Grenze geschleppt; ja sogar schon 20 Zentner wurden im Kleinverkehr hinübergebracht. In einzelnen Tagen mußte die Polizei den Zugang zum Fleischladen bewachen.

Je geringer der Vorrat, desto höher die Preise. Ist großer Mangel an Vieh bzw. an Fleisch vorhanden, so steigen die Preise und damit die Profite. Die „Frankf. Ztg.“ veröffentlichte folgende sachverständige Berechnung über das dem Fleischmarkt zur Verfügung stehende Quantum:

| | | Rindfleisch: | | | |
|------------------|---------|--------------|---------|---------|------|
| 1. Halbjahr | | 1912 | 1911 | 1910 | 1909 |
| Menge in t. | 878 648 | 875 365 | 418 884 | 405 604 | |
| Wert i. 1000 Mk. | 608 888 | 569 309 | 578 887 | 584 181 | |
| „ Pf. pro kg | 160,8 | 151,7 | 137,3 | 131,7 | |
| | | Kalbfleisch: | | | |
| Menge in t. | 85 880 | 83 086 | 94 232 | 93 511 | |
| Wert i. 1000 Mk. | 165 741 | 155 281 | 174 723 | 149 856 | |
| „ Pf. pro kg | 192,7 | 186,7 | 185,5 | 160 | |

Das deutsche Volk hat zwar gegen das erste Halbjahr 1910 rund 39 700 Tonnen Rindfleisch weniger verzehrt, aber für diesen Minderverbrauch rund 35 Millionen Mark mehr bezahlt! Auch beim Kalbfleisch sank die verkaufte Menge gegen 1909, aber die Einnahmen der Agrarier stiegen trotzdem. Die höheren Preise pro Kilo machen eben den Minderverbrauch für den Profit mehr als reichlich wett. Aus der Not des Volkes fließen die schönsten Gewinne. Die Regierung darf also ruhig sein, die Agrarier erteilen ihr ihr Lob, so schwer diese Herren auch sonst zu befehdigen sind.

Ueber die Teuerung und ihre Ursachen veröffentlichte der „Neue Görlitzer Anzeiger“ von einem praktischen Landwirt, der auch beträchtliche Viehzucht betreibt, eine bemerkenswerte Zuschrift. Der Einsender weist darin eingangs auf die Folgen des dürreren Jahres 1911 hin, die zu einer Verminderung der Viehbestände und der Qualität geführt hätten, und auf das nasse Wetter, das Besorgnisse hinsichtlich des Ausfalls der Kartoffelernte hervorruft. Enorm hohe Futtermittelpreise und schlechte Kartoffelerntenausichten verlängerten die Krisis. Der Preis für Schweinefleisch werde sich nicht eher ernähigen, bis Ferkel herangezogen würden. Die Ansicht, die Fleischnot sei schon im vorigen Jahre auf ihrer Höhe angekommen, sei falsch gewesen, sie trete immer erst ein Jahr später ganz in Erscheinung, und die hohen Fleischpreise hätten immer im kommenden Jahre einen gewaltigen Sturz der Vieh- und Fleischpreise zur Folge. Dann fährt der landwirtschaftliche Praktiker wie folgt fort:

„Die jetzt vorhandene Nahrungsmittelteuerung ist zweifellos besonders durch die Getreide- und Futtermittelzölle noch verschärft worden, weil die Preise für alle Futtermittel um die Höhe des Zolles, zu dem noch die Zollplakereien treten, erhöht worden sind. Der Viehhaltende kleine Landwirt mußte direkt den ganzen Zoll tragen. Er muß in den Jahren, wo infolge Mangels an Futtermitteln die Viehpreise niedrig sind, sein Vieh verschleudern und hat dann noch vom Großgrundbesitzer Stroh, Streu, Kartoffeln, Rüben usw. zu kaufen zu erschwingenden Preisen zu kaufen. Sein Vieh ist längst beräubert, ehe die hohen Preise für Vieh kommen. Der Großgrundbesitzer hat im Verhältnis sehr wenig Vieh und kann seinen Viehstand auch in schlimmen Jahren gut durchbringen, um dann im nächsten Jahre hohe Preise für sein Vieh zu erhaschen. Wir finden hier wohl den größten Gegensatz zwischen Groß- und Kleingrundbesitz. Wäre es nicht an der Zeit, die Futtermittelzölle abzuschaffen und die Getreidezölle herabzusetzen, um einigermaßen einen Ausgleich zu schaffen? Jeder rechtlich denkende Mensch muß heute einsehen, daß die Futtermittelzölle der Allgemeinheit keinen Nutzen, sondern nur Schaden bringen.“

Diese Stimme eines sachverständigen Landwirts wird den Herren vom Bund der Landwirte nicht belächelt; denn sie zeigt aus der Praxis, wie sehr die bündlerische Politik den Interessen des Kleinen und mittleren Landwirts zuwiderläuft.

Auf das fortgesetzte Drängen der öffentlichen Meinung sah sich die Reichsregierung veranlaßt, endlich etwas zu tun. Am 11. November 1911 erfolgte die nachstehende Bundesratsverordnung:

„Durch Bundesratsbeschlus ist die Einfuhrscheinordnung mit Wirkung vom 1. Dezember 1911 dahin geändert worden, daß die Einfuhrscheine nicht mehr für sechs Monate, sondern nur noch für drei Monate Geltung haben und bei der Einfuhr von Kaffee und Petroleum nicht mehr verwertbar sind.“

Kann diese Maßnahme als eine ausreichende angesehen werden, um die verberblichen Wirkungen der Einfuhrscheine aufzuheben? Diese Frage ist glatt zu verneinen. Der durchschnittliche Umlauf eines Einfuhrscheins betrug vor dem Erlaß der obigen Bundesratsverordnung etwa einen Monat, und wenn jetzt ein Zwang wird, was bisher in der Praxis ohne einen solchen schon üblich war, so ändert dies an der Sachlage so gut wie gar nichts. Die zweite Maßregel, Beseitigung der Anwendbarkeit der Einfuhrscheine für Kaffee und Petroleum, ist allerdings das richtige Mittel, um die innerzeit gar nicht zu übersehenden Auswüchse zu beseitigen. Nun genügt aber das Verbot der Verwendung bei der Kaffee- und Petroleumzufuhr allein nicht, da infolge der enormen Einfuhr von Weizen und Futtermittel neben derjenigen von Roggen, Hafer und Mais auch das dreifache Quantum ausgetrockneter Einfuhrscheine verwendet werden kann. Wenn auch durch den Ausschluß der Unrechnungsfähigkeit von Kaffee und Petroleum vielleicht die Kaufkonkurrenz für die Scheine etwas vermindert wird, so kann hierdurch doch nur das Demno vergrößert werden, mit dem die Scheine gehandelt werden; auf die tatsächliche Größe der Ausfuhr hat es keine Bedeutung.

Hungernot auf der einen, standalöse Begünstigung der Agrarier auf der anderen Seite — das ist die Quintessenz unserer deutschen Wirtschaftspolitik. Der Skandal der Einfuhrscheine bleibt bestehen und wenn die Not des Volkes noch so groß ist. Das Scheinmanöver der Regierung, die Verwertungsfrist der Einfuhrscheine herabzusetzen, hat die Enttäuschung des Volkes nicht ablenken können. Es ist damals sofort gesagt worden, daß es sich um ein plummes Käufchungsmanöver handelt, das praktisch ohne jede Bedeutung bleibt. Jetzt stellt sich zahlmäßig heraus, daß nach der sogenannten Reform nicht nur kein Rückgang in der Verwertung der Einfuhrscheine eingetreten ist, die Zollsummen, die durch Einfuhrscheine beglichen wurden, sind im Gegenteil ganz außerordentlich gestiegen.

Und so entwickelt sich im ganzen Reiche immer stürmischer die Protestbewegung gegen die Auswüchse der Wirtschaftspolitik, und die stärkste Fraktion des Reichstages hat am 5. September in einer Eingabe an den Reichskanzler gefordert, daß unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden, um die herrschende Feuerung zu mildern. Sie fordert zu diesem Zweck:

- die Aufhebung der Einfuhrzölle auf Lebensmittel, insbesondere auf Vieh und Fleisch,
- die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh unter Aufrechterhaltung unerläßlicher Sicherheitsmaßnahmen gegen das Einschleppen von Seuchen,
- die Aufhebung der Futtermittelzölle,
- die Beseitigung der Einfuhrscheine,
- und vor allem

die sofortige Öffnung der Grenzen für die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch. Daß daneben die schleunigste Einberufung des Reichstages notwendig wird, ist selbstverständlich. Wird unsere Regierung vernünftig genug sein, diesen Forderungen Gehör zu schenken?

Gelesene Nummern der „Buchbinder-Zeitung“ wirft man nicht fort, sondern gibt sie an nichtorganisierte Kollegen weiter

Gewerkschaften und Konsumvereine.

K. K. Die allgemeine Statistik der freien Gewerkschaften, die alljährlich Ausschluß über das Wachstum der Gewerkschaften gibt, ist nunmehr erschienen und von uns in den Nr. 35 und 36 der „Buchbinder-Ztg.“ im Auszug wiedergegeben worden. Die nüchternen Zahlen geben uns ein Bild vom kräftigen Wachstum der freien gewerkschaftlichen Organisationen der deutschen Arbeiterchaft. Am Schlusse des Jahres 1911 waren in den freien Gewerkschaften 2,4 Millionen Mitglieder organisiert. Gegenwärtig werden die 2 1/2 Millionen wohl schon überschritten sein. Die Beitragsleistung der 2,4 Millionen Mitglieder belief sich auf 72 Millionen Mark, wovon 60 Millionen Mark für die verschiedenen Zwecke wieder zur Ausgabe gelangten. Allein für Streikunterstützung wurden nicht weniger als 16,7 Millionen Mark ausgegeben. Das Vermögen der freien Gewerkschaften beläuft sich nunmehr auf 62,1 Millionen Mark.

Die 17 Millionen Mark Streikunterstützung bedeuten gewiß eine ganz hervorragende Leistung der freien Gewerkschaften. Sie waren nötig, um die Lebenshaltung der freigezwungenen organisierten Arbeiterchaft zu heben oder zu erhalten. Allein rechten Zusat bekommen diese gewaltigen Leistungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse erst dann, wenn mit diesen Leistungen Bestrebungen Hand in Hand gehen, die errungenen Verbesserungen durch Stabilisierung der gesamten Lebensverhältnisse sichergestellt. Die Bestrebungen der Gewerkschaften richten sich ihrer Natur nach auf die Erhöhung und Erhaltung des Nominallohns. Mehr als eine Seite des Wirtschaftslebens ist aber darauf eingestellt, dem Nominallohn seine Kaufkraft zu nehmen. Es müssen deshalb neben den gewerkschaftlichen Bestrebungen solche einherlaufen, die dem oftmals unter den heftigsten Kämpfen errungenen Nominallohn seine reale Kaufkraft sichern, besser noch, sie erhöhen. Die gegebenen Organisationen zur Sicherung und Hebung des Reallohnes sind unsere Konsumvereine. Sollen die Vorteile der gewerkschaftlichen Tätigkeit durch die jedem fühlbaren Preissteigerung nicht wieder illusorisch gemacht werden, so muß durch die Konsumvereine eine vernünftige Regulierung vor allen Dingen der Lebensmittelpreise erfolgen. Deshalb ist die Organisierung der 2 1/2 Millionen gewerkschaftlichen Arbeiter in der Konsumgenossenschaftsbewegung eine dringende Notwendigkeit. Ein Bild auf den Unterschied in den Mitgliederzahlen lehrt, daß die 1,3 Millionen im Zentralverbande deutscher Konsumvereine organisierten Haushalte noch eine kräftige Steigerung erfahren können und müssen, bevor neben den gewaltigen gewerkschaftlichen Organisationen die Konsumantenorganisation als wirtschaftlich gleichbedeutend einhergehen kann.

Die Erhöhung und Sicherung des Reallohnes durch die genossenschaftlichen Organisationen der Arbeiter ist nicht der einzige Vorteil, den die Gewerkschaften davon haben, daß ihre Mitglieder sich auch genossenschaftlich organisieren. Die Konsumgenossenschaftlichen Organisationen besitzen heute schon eigene Produktivbetriebe von zum Teil gewaltiger Ausdehnung. Der direkte Einfluß der organisierten Konsumenten auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Eigenproduktion geht Hand in Hand mit dem Einfluß auf die Arbeitsbedingungen im allgemeinen. Niemand vermag zu bestreiten, daß auch schon heute die Arbeitsverhältnisse großer Teile der privatkapitalistischen Produktion, sofern sie für den genossenschaftlichen Bedarf arbeiten, der Kontrolle der genossenschaftlichen Organisation untersteht. Die organisierten Konsumenten besitzen im Verein mit den gewerkschaftlichen Organisationen schon heute weitreichende Machtmittel, um gute Arbeitsbedingungen dort zu erzielen, unter Umständen auch zu erzwingen, wo sie freiwillig nicht gewährt werden. Der Gesamtumsatz von einer halben Milliarde Mark, über den die Konsumvereine, soweit sie im Zentralverbande deutscher Konsumvereine organisiert sind, im Jahre 1911 verfügten, bedeutet ein Stück wirtschaftlicher Macht, das gerade bei der Feststellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Herstellung dieser gewaltigen Menge von Lebensgütern in die Waagschale geworfen werden kann. Je

inniger die Verbindung zwischen Konsumenten- und gewerkschaftlicher Organisation zur Heranziehung neuer Glieder ist, je größer werden die Erfolge sein, wenn es sich darum handelt, Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Sinne vernünftiger Aufwärtsentwicklung zu beeinflussen. Diese Wahrheit sahen auch verschiedene Gewerkschaftskongresse und die Generalversammlungen einer großen Zahl von Gewerkschaften ein, als sie Beschlüsse faßten, die den gewerkschaftlich organisierten die Förderung der genossenschaftlichen Organisation empfahlen. Wenn von diesen Beschlüssen überall der rechte Gebrauch gemacht wird, wenn die Gewerkschaften ihrerseits alles tun, um den Konsumgenossenschaften die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als Mitglieder zuzuführen, so werden beide Teile eminenten Nutzen daraus ziehen. Die nützliche wirtschaftliche Tätigkeit der Konsumvereine liegt so klar zutage, daß es in vielen Fällen keiner besonderen Mühe bedürfen wird, um die noch abseits Stehenden über die wirtschaftliche Bedeutung der Konsumvereine aufzuklären. Eine richtig eingeleitete Agitation, unterstützt und getragen von beiden Organisationen, wird hier ganz gewiß hohe Erfolge zeigen.

Aus unserem Beruf.

Arbeitslosenstatistik.

Bei der Berichterstattung an das Kaiserliche Statistische Amt über die Arbeitslosigkeit in den deutschen Fachverbänden wurden an dem für den Monat August in Betracht kommenden Stichtag — 31. August — durch unsere Organisation in 132 berichtenden Zahlstellen mit 16 446 männlichen und 15 823 weiblichen, zusammen 32 269 Mitgliedern, 529 männliche und 330 weibliche, zusammen 859 am Ort befindliche arbeitslose Mitglieder festgestellt. Außerdem sind an diesem Tage noch 57 auf der Reise befindliche männliche Mitglieder in diesen Zahlstellen zugerechnet, so daß insgesamt in den 132 Orten 916 arbeitslose Mitglieder ermittelt wurden. 13 Zahlstellen mit zusammen 310 männlichen und 51 weiblichen Mitgliedern haben nicht berichtet und sind daher in obigen Zahlen nicht enthalten.

Auf je 100 Mitglieder kamen bei den männlichen 3,6, bei den weiblichen 2,1 und bei beiden zusammen 2,8 Arbeitslose. Ein Vergleich mit den Ergebnissen der Berichterstattung in den Vormonaten sowie in dem gleichen Monat der drei letzten Jahre ergibt folgendes Bild:

| Monat | Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (am 1. u. auf der Reise befindlich) | | | Arbeitslose auf je 100 Mitglieder | | | | |
|-----------------|---|-----|------|-----------------------------------|-----|------|------|------|
| | m. | w. | auf. | 1911 | | | 1910 | 1909 |
| | | | | m. | w. | auf. | | |
| August . . . | 568 | 328 | 896 | 3,6 | 2,1 | 3,1 | 2,4 | 4,8 |
| September . . . | 451 | 194 | 645 | 2,9 | 1,4 | 2,2 | 2,3 | 2,9 |
| Oktober . . . | 441 | 285 | 726 | 2,9 | 2,0 | 2,5 | 1,8 | 2,7 |
| November . . . | 346 | 244 | 590 | 2,2 | 1,7 | 2,0 | 2,0 | 2,1 |
| Dezember . . . | 497 | 358 | 855 | 3,1 | 2,4 | 2,8 | 2,9 | 2,8 |
| | | | | 1912 | | | 1911 | 1910 |
| Januar . . . | 580 | 478 | 1058 | 3,7 | 3,3 | 3,5 | 3,7 | 2,9 |
| Februar . . . | 585 | 382 | 967 | 3,7 | 2,5 | 3,1 | 3,2 | 2,8 |
| März . . . | 494 | 257 | 751 | 2,7 | 1,7 | 2,2 | 2,4 | 2,5 |
| April . . . | 495 | 354 | 849 | 3,1 | 2,4 | 2,7 | 2,2 | 2,7 |
| Mai . . . | 592 | 342 | 934 | 3,6 | 2,1 | 2,9 | 2,5 | 3,1 |
| Juni . . . | 621 | 361 | 982 | 3,7 | 2,3 | 3,0 | 2,9 | 2,8 |
| Juli . . . | 680 | 324 | 954 | 4,0 | 2,1 | 3,0 | 3,1 | 2,9 |
| August . . . | 586 | 330 | 916 | 3,6 | 2,1 | 2,8 | 3,1 | 2,4 |

Die Verwaltungen der folgenden 13 Zahlstellen haben die Berichtskarten nicht eingekandt: Apolda, Bonn, Bromberg, Falkenstein i. S., Flensburg, Götting, Gildesheim, Kottbus, Saalfeld, Sonneberg, Weisenfels, Wiesbaden und Zwickau.

Zu Nr. 34 ist unter den säumigen Verwaltungen, welche für den Monat Juli die Berichtskarte nicht eingekandt hatten, auch der Gau 1 mit aufgeführt. Dieses war ein Irrtum, der Saurborn hatte die Karte rechtzeitig eingekandt und war diese nur versehentlich unter anderen Belegen nicht gleich gefunden worden.

Eine Versammlungsreform.

V.

Grau, lieber Freund, ist alle Theorie Und grün der Baum des Lebens!

Diese Worte fallen mir unwillkürlich ein, wenn ich die Debatte über die Versammlungsreform und das Delegiertensystem verfolge. Es klingt wunderschön und entbehrt auch scheinbar nicht des Rechts, wenn man hier wieder mal auf das „demokratische Prinzip“ verweist. Nur vergißt man dabei, daß dies gesunde Prinzip zur banalen Nebenart und Phrase herabgewürdigt wird, wenn man das selbe ins Unendliche ausgedehnt wissen möchte. Zur Demokratie gehört doch meines Erachtens wohl ein Ubel auch Demos, das Volk. Und da ist es doch ein Eohn, eine Farce auf das „demokratische Prinzip“, wenn eben dies große, mitbestimmende Volk ständig durch Abwesenheit glänzt, sobald es sich um Fragen internerer Natur, also reine Organisations- und Verwaltungsfragen handelt. Mit Recht ist von Berliner Seite hier schon daran erinnert worden, daß die Kaufende der Berliner Zahlstelle zuweilen durch 1 bis 2 Proz. in der Generalversammlung vertreten waren und unter Hochhaltung des „demokratischen Prinzips“ den abwesenden 98 bis 99 Proz. der Mitglieder ihre Beschlüsse dekretierten. Man verzeihe doch gefälligst nicht, daß die Frage der Delegiertenvertretung aus der jahrelangen Erfahrung geboren wurde, eine Erfahrung, die sich jeder großen Organisation zu einer gewissen Zeit aufdrängt und deren Konsequenz die Delegiertenvertretung ist. Mit dieser letzteren hat aber noch jede Organisation die beste Erfahrung gemacht.

Es sei mir gestattet, mich mit den Gründen des Für und Wider etwas eingehender zu befassen und da möchte ich mich zunächst mit dem Kollegen Schulze-Leipzig auseinandersetzen, der als eins der wichtigsten Argumente gegen das Delegiertensystem als Beispiel anführt, „welch ein Schrei der Entrüstung durch Deutschland gehen würde, wenn man den neu hinzugekommenen Wählermassen das Wahlrecht beschneiden wollte“. Wir ist ein Schrei schon durch Marx und Wein gegangen und mir graut davor, wenn ich diesen Schrei von einer größeren Masse seiner Gleichgesinnten vernehmen müßte. Zur Ehre der großen Masse, auf die Kollege Schulze hinweist, nehme ich aber an, daß sie besser den Unterschied zwischen jenen Wählermassen und unseren Mitgliedern zu ziehen vermag, als ihm dies möglich ist. Es würde ihnen so z. B. zweifellos die nicht unwesentliche Tatsache einfallen, daß sie fast alle ein halbes bis ein ganzes Decennium dem Vater Staat ihren Tribut entrichten mußten, daß sie ihm jahrelang umsonst zu dienen und ihn zu beschützen für fähig erachtet wurden, ehe er ihnen gestattete, ihre Stimme mit in die Waagschale werfen zu dürfen usw. Ebenso durchschlagend sind seine Argumente für Aufhebung der Verbandstage und Einführung des Urwahlsystems an dessen Stelle. Man muß schon so ziemlich gar nichts von der Erledigung von Verwaltungs- resp. Verbandsangelegenheiten verstehen, um einen solchen Gedanken für realisierbar halten zu können.

Der einzige ernsthafte Einwand, den auch andere Gegner des Delegiertensystems machen, ist der, daß die Masse mit Verbandsangelegenheiten beschäftigt werden müßte, um ihr dadurch Verständnis für die internen Verbandsgeschäfte beizubringen, um sie so zu guten Gewerkschaftsmitgliedern und Funktionären heranzubilden. Als ob auch nur ein einziger Anhänger des Delegiertensystems nicht das selbe Ziel vor Augen hätte! Das ist es ja eben, was wir beklagen: daß diese Ausbildung in den Generalversammlungen der großen Zahlstellen zur Unmöglichkeit geworden ist. Diese Ausbildung muß eben in Bezirks- und Werkstabenversammlungen verlegt werden. Wer dort genügend vorgebildet ist, findet auch unter dem Delegiertensystem sehr schnell den Weg zur Generalversammlung. Denn leider kostet es häufig sehr viele Mühe und Ueberredungskunst, um jemanden auch nur für solchen kleinen Posten zu finden. Es stelle sich doch keiner vor, daß diese Vertreter zur Generalversammlung nur ein ganz kleiner Kreis sein sollen. Das geht schon aus der heutigen Organisation der Zahlstelle Berlin deutlich hervor. Während die Ortsverwaltung nur aus 13 Personen besteht, setzt sich die erweiterte Ortsverwaltung, die „bei besonders wichtigen Angelegenheiten“ einzuberufen ist, bereits aus zirka 60—75 Personen zusammen; und der „kombinierten Delegierten-Versammlung“ — der gemeinsamen Sitzung der Werkstattdelégierten aller Branchen mit den Funktionären — gehören sogar an 600 Personen an. Notabene haben auch die Arbeitslosen zu dieser Versammlung, gleich den Werkstattdelégierten sich durch Delegierte vertreten zu lassen. Diese Versammlungen werden „zur Erledigung von Verbandsangelegen-

heiten“ nach Bedarf einberufen und sind u. a. befugt, Beträge bis zu 500 Mk. zu bewilligen. So bleibt also der Generalversammlung nur noch vorbehalten die Abnahme des Geschäftsberichtes, Bewilligung von Geldbeträgen über 500 Mk. sowie die Wahl einiger Kommissionen, denn die meisten werden heute bereits in Branchensammlungen gewählt.

Nun bin ich ja mit der Letzte, der behaupten würde, unter dem Delegiertensystem werden nur die befähigtesten Kolleginnen und Kollegen gewählt. Leider ist es nicht der Fall. Wie ja auch heute zu den einzelnen Kommissionen nicht immer die Besten und Besten wählen lassen. Doch wird mir jeder Kenner der Berliner Verhältnisse darin beipflichten, daß die „kombinierten Delegiertensitzungen“ sich durchaus bewährt haben und daß ihre Debatten im allgemeinen auf einem Niveau stehen, auf das wir mit Verbeugung blicken können.

Das halte auch ich für notwendig, daß die Delegierten längere Zeit ihr Amt behalten. Aber „da liegt nicht der Hase im Pfeffer“, wie — meint, sondern das ist es gerade, was mich für das Delegiertensystem einnimmt. Gewiß ist auch unter den Delegierten die Fluktuation groß, aber doch nur unter einem Teil. Der überwiegende Teil behält ein Jahr und länger sein Amt inne. Passiert es denn übrigens nicht alle Jahre auch einigen Kommissionen, daß die Gewählten nach kurzer Zeit schon amtsüde sind oder schnüchsvoll auf den Kalender blicken, ob ihre Amtstätigkeit noch nicht herum ist? Wählt man denn nicht ohnehin als Vertrauensmann und Delegierten immer Personen, die schon einige Zeit Mitglied der Organisation sind und ihre Einrichtungen mehr oder weniger kennen? Ist das nicht eine Bürgschaft dafür, wenn wirklich unter einem Teil der Delegierten die Fluktuation eine große ist, daß man immerhin Personen wieder als Vertreter bekommt, die nicht ganz unerfahren in Organisationsfragen sind? Ist es irgendeiner Branchen-, Bezirks- oder Generalversammlung Berlins bisher mal eingefallen, eine Brüskierung der großen Masse darin zu erlösen, wenn man vorschiebenlich sich zur Wahl stellenden Personen nachlegte, von der Kandidatur zurückzutreten, weil sie erst zu kurze Zeit Mitglied der Organisation waren? Muß man es nicht als eine selbstverständliche Voraussetzung halten, wenn jemand über Organisationsfragen — oft von weittragender Bedeutung — mitraten und beschließen will, daß er ihre Einrichtungen, ihre Grundzüge einigermaßen kennt? Kann man dies von Mitgliedern verlangen, die heute eingetreten sind und schließlich gar nach vier Wochen uns schon wieder den Rücken gekehrt haben?

Die große Masse denkt auch gar nicht daran, das als eine Brüskierung, Verletzung des demokratischen Prinzips und dergleichen schöne Dinge mehr aufzufassen, wenn man sie mit dieser formalen Erledigung der Verbandsgeschäfte verschont. Gätten die Kollegen wirklich das Interesse, das man ihnen nachrühmt und das durchaus wünschenswert wäre, dann müßten sie mit Freuden die Gelegenheit ergreifen, in eine Kommission oder als Delegierte gewählt zu werden. Leider ist das Gegenteil der Fall. Wir kennen alle das traurige Lied von der Vorschlagsliste, die zweimal und noch öfter „eröffnet und geschlossen“ wird. Ist es doch bei uns in Berlin schon so weit gekommen, daß man zu Branchen- oder Delegiertenversammlungen die Ergänzungswahl zu einer Kommission gar nicht auf die Tagesordnung sich zu setzen getraute, vielmehr diesen Punkt unter Verbands- oder Branchenangelegenheiten erörterte, weil man eben erfahrungsgemäß die Kollegen dann fernbleiben sieht, wenn Wahlen bevorstehen.

Wenn man aber fortwährend von der Verletzung des demokratischen Prinzips der Masse redet, so möchte ich doch daran erinnern, daß auch die „Autokratie“ der Berliner Ortsverwaltung durch die wachsenden Mitgliederzahlen eine ganz erhebliche Einbuße erlitten hat. Die Branchenleitungen haben ihr eine ganze Reihe Rechte, die die Ortsverwaltung früher für sich in Anspruch nahm, aus den Händen genommen und handeln jetzt souverän darin. Und mit dem weiteren Wachsen der Zahlstelle wird der Ortsverwaltung auch noch die Erledigung weiterer Angelegenheiten aus den Händen genommen werden, deren Erledigung sie jetzt noch als ihr gutes Recht reklamiert. Es verträgt sich eben nicht für große Organisationen, was für kleine gut und nützlich ist.

Ich resumiere daher: Das Delegiertensystem ist für größere Zahlstellen eine unbedingte Notwendigkeit. Seine Einführung bedeutet keine Verletzung des demokratischen Prinzips. Denn neben den Funktionären und Werkstattdelégierten als ständige Teilnehmer der Generalversammlungen haben die übrigen Mitglieder zu jeder Generalversammlung die weiteren Delegierten zu wählen. Verlangen sie dann von ihren Delegierten in Werk-

staben-, Bezirks-, Arbeitslojenversammlungen Recht, wie es wünschenswert sein muß, so haben die Mitglieder die nötige Kontrolle und werden das Verantwortlichkeitsgefühl ihrer Delegierten haben, während sie selbst dadurch allmählich in die Verbandsangelegenheiten sich hineinleben und die befähigten Interessenten leicht Gelegenheit finden, sich weiter zu betätigen. Unter solchen Verhältnissen ist es dann am ehesten möglich, durch Branchen- und Bezirksversammlungen die Mitglieder weiter heranzubilden, um aus ihnen jederzeit den nötigen Nachwuchs für die Funktionäre zu haben und die große Masse unserer Mitglieder so auszubilden, wie es unser aller Wunsch und Ziel ist. m.-Berlin.

VI.

Eine Frage, deren Lösung den wichtigsten Teil unseres Verbandslebens betrifft, wurde in Nr. 24 unseres Verbandsorgans aufgeworfen. Die Beschlüsse, welche wir in Nr. 27 zur Kenntnis nahmen, beweisen, daß man vielfach Ursache und Wirkung bei Besprechung dieser Materie nicht mit der nötigen Aufmerksamkeit verfolgt. Das Versammlungsleben unserer Zahlstellen läßt sich überhaupt nicht schablonisieren. Es wird jede Zahlstelle ihre besonderen örtlichen Verhältnisse berücksichtigen müssen. Diese sind nicht nur in den kleinen, mittleren und großen Zahlstellen verschieden, sondern auch in zwei gleich großen Zahlstellen können die Verhältnisse und die Vorbedingungen zu gut besuchten Versammlungen verschiedener Natur sein. Eigenartig wirkt es, wenn hierbei bei der Besprechung des Delegiertensystems der demokratische Charakter unserer Verbandstage angezweifelt wird. Die Demokratie, das heißt der Wille der breiten Massen der Mitglieder kann im Vertretersystem zweifelsohne eine höhere Entwicklung erzielen als in schlecht besuchten Mitglieder-versammlungen, deren Beschlüsse mitunter Zufalls-mehrheiten sein können, die herbeizuführen unter Umständen eine einzelne Werkstube in der Hand hat. Die Vertreter müssen doch immer mit ihren Mandatgebern in engerer Fühlung bleiben. Das Delegiertensystem, das sich in der freien Arbeiterbewegung in dem Maße immer mehr einbürgert, als unsere Bewegung an Umfang zunimmt, kann auch für manche unserer Zahlstellen von Vorteil sein. Es aber wahllos auf alle zu übertragen, dürfte kaum im Interesse unseres Verbandes liegen.

Unsere teilweise schlecht besuchten Mitglieder-versammlungen haben nun schon manchem unserer Verbandsfunktionäre viel Kopfzerbrechen verursacht. Das geflügelte Wort: „die Bewegung geht wohl in die Breite, aber nicht in gleichem Maße in die Tiefe“, das oft an unruhigen Orte zitiert wird, ist wohl unter dem Eindruck eines schlechten Versammlungsbesuches geprägt worden. Allein in seiner ganzen Tragweite kann auch dieses geflügelte Wort nicht aufrechtgehalten werden, und nicht immer ist ein schlechter Versammlungsbesuch gleichbedeutend mit Interesslosigkeit an der Organisation.

Erfahrungsgemäß besuchen unsere weiblichen Mitglieder die Versammlungen am seltensten. Woran liegt das? Eine tausendjährige Vergangenheit hat die Frau von jeder öffentlichen Betätigung in der menschlichen Gesellschaft ferngehalten. Mit einer gewissen Zaghaftigkeit, um nicht zu sagen Scheu, betreten viele unserer Kolleginnen das Versammlungslokal. Diese der Frau angeborene Zurückhaltung kann erst mit der Zeit überwunden werden. Ein weiterer Umstand ist der doppelte Beruf unserer verheirateten Kolleginnen, einmal als Ernährerinnen und dann als Hausfrau. Nach schwerer Arbeit im Geschäft wartet nach Feierabend auf sie daheim die Arbeit im Hause. Da fällt es mancher Kollegin schwer, für die Versammlung die freie Zeit zu finden. Ein weiterer Umstand ist, daß gerade vor den Arbeiterinnen ein großer, manchmal der größte Teil außerhalb der Industriestadt in den näher und weiter gelegenen Dörfern wohnhaft ist. Da heißt es nach Feierabend in der Regel sich eilen, um noch die Vorortzüge zu erreichen. Wo solche Verhältnisse vorhanden sind, da muß durch imposante Werkstabenversammlungen, deren Würze in der Kürze liegen muß, versucht werden, das Interesse für die Organisation zu wecken und zu erhalten.

Aber auch in den Kreisen unserer männlichen Mitglieder muß das Interesse für unsere Versammlungen in höherem Maße geweckt werden. Ob dies durch Bezirksversammlungen in besserer Weise erreicht wird, das müßte erst die Probe lehren. Hier dürfte die Entfremdung keine so große Rolle spielen. Vielmehr wird die Tagesordnung der Versammlung, die Diskussion, der Verlauf und das Ende der Versammlungen nicht ohne Einfluß auf den Besuch sein. Unsere Versammlungen sollten die Dauer von zwei Stunden nicht überschreiten. Ein Vortrag sollte in jeder Versammlung gehalten werden. Vorbedingung muß sein, daß der Referent sein Thema einwandfrei beherrscht und mangelnde Kenntnisse nicht durch eine geschmacklose rabulistische Phrasologie (Phrasen) zu ersetzen sucht. Die Debatte darf sich

nicht in kleinliche Mängel verfallen. Eine frisch-fröhliche Kritik, getragen von dem Bestreben, die Organisation zu fördern, kann jedoch niemals ein Fehler sein. Die Tagesordnung soll nie zu umfangreich sein. Der letzte Punkt, der in mancher Zahlstelle noch der ominöse „Briefkasten“ ist und ab und zu zu Unfug Veranlassung gibt, sollte ganz verschwinden. Eine umsichtige Ortsverwaltung wird die Versammlungen stets so vorbereiten, daß unliebsame Vorfälle vermieden werden. Hat man einmal eine besonders schwierige Sache, so wird es gut sein, die Angelegenheit vor der Versammlung in einem erweiterten Kreise (Vertrauensmännerbergsammlung) zu ventilieren.

Unsere Versammlungen sollen Bildungsstätten im wahren Sinne des Wortes sein. In dem Maße, wie die einzelnen Zahlstellen größer werden, müssen reine Verwaltungsfragen in den Zirkel der Vertrauensleute verlegt werden, da sonst die zunehmenden Verwaltungsfragen die Versammlungen zu sehr belasten würden. Ein guter Vertrauensmännerapparat ist mit Naturnotwendigkeit die Vorbedingung zu einer gesunden Organisation. Der Vertrauensmann ist überhaupt eine Persönlichkeit, von dessen klugem Handeln sehr viel abhängt. Leider wird derselbe in vielen Fällen bloß als Beitragskassier oder als Hausknecht der Mitstreiter betrachtet. Ein Vertrauensmann einer größeren Werkstätte hat aber, wenn er seine Aufgabe richtig erfüllt, eine größere Verantwortung als manchmal die Ortsverwaltung eines kleinen Zahlstelle.

Nun noch eines zu der Frage der Heranziehung der Kolleginnen zu den Organisationsarbeiten. Gewiß müssen wir versuchen, möglichst viele zu diesen Arbeiten heranzubilden. Leider fällt dies äußerst schwer. Die Ansicht, daß die Interessen der Kolleginnen am besten nur durch Kolleginnen gewahrt werden können, kann aber durch die Erfahrung in der Praxis leider nur in beschränkter Weise aufrecht erhalten werden. Auch dies sind Momente, welche unserer Verbandsleben und unsere Versammlungen eng berühren.

Stuttgart.

G. Dürr.

Die Lohnbewegung der Papierwaren-arbeiter und -arbeiterinnen in Aichersleben.

Eine überaus stark besuchte öffentliche Versammlung, die sich mit den Maßnahmen der Prinzipale gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft beschäftigte, tagte am 3. September. Kollege Klotz-Berlin referierte. Obgleich die zur Verantwortung der Forderungen gestellte Frist noch nicht abgelaufen war, haben die Prinzipale eine sehr deutliche Antwort gegeben. Bei der Firma G. C. Westphorn sind 1 Buchbinder und 5 Arbeiterinnen, bei der Firma Gerjon 1 Hilfsarbeiter, der schon 11 Jahre im Geschäft tätig war, und bei der Firma Gopf u. Unger ein Buchbinder gekündigt worden. Es wird außerdem auf die Kollegschaft eingewirkt, aus der Organisation auszutreten. Die Versammlung war jedoch der beste Beweis, daß diese Einschüchterungsversuche der Arbeitgeber nicht vorzujagen haben. Die Lohnbewegung wird zwar vom Verbands geföhrt, sie ist aber von den Arbeiterinnen selbst angeregt worden. Nicht Übermut ist es, was die Arbeiterschaft hierzutriebe, sondern die drückende Not, veranlaßt durch die überaus schlechte Entlohnung, welche in keinem Verhältnis zur gegenwärtigen Lebensmittelerzeugung steht. In keiner anderen Stadt Deutschlands werden den Arbeiterinnen in der Papierwarenindustrie gleich erbärmliche Löhne gezahlt. Das Gros der Arbeiterinnen hat einen Lohn zwischen 8 und 9 Mk., ein sehr großer Teil Löhne bis herab zu 5 Mk. Nur einzelne Ausnahmen erzielten Löhne von 10 und 11 bis zu 14 Mk. Eine Umfrage bei den Affordarbeiterinnen dürfte ergeben, daß in den letzten Jahren noch zahlreiche Herabsetzungen der Affordpreise stattgefunden haben. Nicht besser stehen die Arbeiter in ihren Lohnverhältnissen. In dem größten der Betriebe bekommt unter anderem ein 23jähriger Hilfsarbeiter 14 Mk., ein 26jähriger 11 Mk., ein 45jähriger 15 Mk., ein 50jähriger 17 Mk. Nach 15- bis 20jähriger Tätigkeit wird ein Höchstlohn von 19 Mk. gezahlt. Jugendliche Arbeiter unter 16 Jahre erhalten Löhne von 6—9 Mk. pro Woche.

Die hiesigen Firmen sind aber sehr wohl in der Lage, die sehr bescheidenen Forderungen der Arbeiterschaft zu bewilligen. Das beweisen die schönen Nebengebäude und die herrlichen Willen der Besitzer. Sie gereichen zwar der Stadt zur Zierde und man möchte sich darüber freuen. Sie dürften aber nicht aufgebaut sein auf einer übergoßen Ausbeutung der Arbeiterschaft.

Das höfliche Anschreiben an die Firma hätte eine höfliche Antwort zur Folge haben müssen, nicht aber, daß man jetzt versucht, die Arbeiterschaft durch Maßregelungen müde zu machen. Auch das Ver-

halten der bürgerlichen Presse ist bemerkenswert. Der hiesige Anzeiger hat einen Artikel gebracht, der anscheinend nicht in der Redaktionsstube des Anzeigers, sondern in einem der Betriebskontore der beteiligten Firmen das Licht der Welt erblickt hat. Wer aber auch dem Anzeiger dieses Rücksetz ins Netz gelegt hat, einen guten Dienst hat er den Prinzipalen damit nicht erwiesen. Dieser Artikel ist nämlich der beste Beweis, daß die Arbeiterinnen überhaupt schlecht entlohnt werden. Daß aber im Gegenfatz zur Meinung des Anzeigers das Verständnis und Bedürfnis für die Organisation unter den Arbeiterinnen vorhanden ist, das hat die große Zahl unserer weiblichen Mitglieder und der Besuch der Versammlung bewiesen.

Es war die Befürchtung geäußert worden, daß sich in der Versammlung Leute einfinden, die ihr Gewerbe darin sehen, den Prinzipalen alles wieder zu überbringen. Diese Leute stehen sich aber selbst im Wege, indem sie sich selbst den Weg zu einer höheren Lebenshaltung versperren. Es gibt auch Werkmeister hier, die einen Lohn bis zu 26 Mk. pro Woche für sich schon als einen hohen betrachten und die sich auch den Organisationsbestrebungen der Arbeiter entgegenstellen. Auch auf diese Werkmeister trifft das zu. Unter den Werkmeistern in anderen Städten weist wohl doch eine andere Luft. Diese haben eingesehen, daß um so besser die Löhne der Werkmeister sein würden, je besser die Lohnverhältnisse der Arbeiterschaft sind. Auch die Heimarbeiterrinnen werden ihr Teil zum Gelingen der Lohnbewegung beitragen können, und es erging die Aufforderung an diese, die Heimarbeit in dieser Zeit einzustellen.

Der Bezirksleiter Kornacker unterstrich in kräftigen Worten die Ausführungen des Referenten. Die Zeit ist vorüber, in der die Arbeiter und Arbeiterinnen sich vorreden ließen, sie dürften sich nicht organisieren. Die erfolgten zahlreichen Beitritte zur Organisation zeigten, daß das Vorgehen der Arbeitgeber ein Schlag ins Wasser gewesen, daß sich die Arbeiterschaft nicht einschüchtern läßt, sondern fest zu ihren Forderungen steht. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die am Dienstag, den 3. September, tagende Versammlung der Papierwarenarbeiter und -arbeiterinnen Aicherslebens nimmt Kenntnis von den vorgenommenen Kündigungen und Einschüchterungsversuchen durch die Unternehmer. Die Versammlung verurteilt dieses Verhalten ganz entschieden und hätte von der sozialen Einsicht der Unternehmer eher eine den heutigen Lebensverhältnissen entsprechende Regelung der Lohnverhältnisse erwartet, wie sie vom Buchbinderverbande in der Tarifvorlage den Arbeitgebern vorgeschlagen wurde. Die Versammlung stellt sich ausdrücklich auf den Boden dieser Tarifvorlage und beauftragt den Vorstand des Verbandes, alle Mittel anzuwenden, die geeignet erscheinen, ihre Anerkennung durch die Prinzipale herbeizuföhren, um dadurch die überaus elenden Lebensverhältnisse der Arbeiterschaft zu verbessern. Um noch einen letzten Versuch zur friedlichen Verständigung zu machen, ersucht die Versammlung den Vorstand des Buchbinderverbandes, persönlich bei der Firma vorstellig zu werden.

Am 4. September wurden die Kollegen Klotz und Kornacker bei den drei Firmen vorstellig. Von den Arbeitgebern wurde jedoch jede Verhandlung abgelehnt. Die Kommerzienräte Otto und Richard Westphorn lehnten gar den Empfang der Organisationsleiter ab, da die Bewegung in lignerischer und heckerischer Weise eingeleitet worden sei. Für diese Behauptung sind aber die Herren den Beweis schuldig geblieben. Daß es den Herren Kommerzienräten, die bisher besonderes Gewicht darauf legten, bei jeder sich bietenden Gelegenheit mit reichen Stiftungen und Geschenken zu glänzen, nicht angenehm ist, wenn jetzt bekannt wird, in welcher unerhörten Weise die Arbeitskraft ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen ausgenutzt wird, verstehen wir. Das hält uns aber nicht ab, damit jetzt in die weiteste Öffentlichkeit zu treten.

Inzwischen sind bei den Firmen G. C. Westphorn und Gopf u. Unger weitere circa 30 Arbeiterinnen gekündigt und zum Teil direkt entlassen worden. Anderen und einigen männlichen Arbeitern sind Lohnzulagen von 1 bis 3 Mk., also Zubehörlöhne, geboten worden, wenn sie die Sache der Arbeiterschaft verraten, indem sie aus der Organisation austreten. Der offene Kampf wird demnach unermesslich. Die Gewerkschaftskartelle der Orte, aus denen Firmen in Aichersleben fabrizieren lassen, sind benachrichtigt. Wir ersuchen unsere Kollegschaft, an allen Orten dahin zu wirken, daß uns die weitgehendste Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft und der in Frage kommenden Firmen, Konsumvereine, Warenhäuser usw. zuteil wird.

Korrespondenzen.

Gesperret sind:

Deutschland.

Annaberg-Buchholz (für Kartonnagenarbeiter und Buchbinder).

Schweiz:

Neuenburg (Firma Delachaux u. Niestlé).

Zuzug fernhalten:

Deutschland.

Gainichen i. Sa.

Minden i. W.

Aichersleben und Umgegend.

Dresden (Kartonnagenarbeiter und Arbeiterinnen).

Zeich.

Schweiz:

Lausanne.

Rebal. Seit dem 2. September sind, wie die „Rebaler Zeitung“ berichtet, in sämtlichen Buchbinderwerkstätten Rebal's die Arbeiter in den Ausstand getreten. Eine am 2. September unter freiem Himmel veranstaltete Versammlung der Ausständigen wurde von der Polizei inhiert.

Annaberg-Buchholz-Schma. Zum Streit der dortigen Kartonnagenarbeiter ist zu berichten, daß in der dritten Streikwoche auf beiden Seiten fleißig gearbeitet wurde, um zu einer Verständigung zu gelangen. Die Streikenden nahmen Abstand von ihrer Forderung auf einen prozentualen Zuschlag auf den verdienten Lohn, nachdem ihnen die Ausarbeitung von Affordpreisliften zugesichert wurde. In der Mehrzahl der Betriebe ist denn auch diese gemeinsame Arbeit in einigen Tagen erledigt. Und dort, wo den Kommissionen Schwierigkeiten bereitet wurden, versagten diese nicht, sondern sie überwandten diese Arbeit an der Hand der vorgelegten Muster. Ferner wurde eine Preisliste für Stapelartikel, wie Satz- und Zwickelkartonnagen, die für 4 Betriebe gültig ist, extra fertig gestellt. Am Freitag, den 6. September, wurden unter Mitwirkung eines Beamten vom deutschen Industrie-Schutzverband Vereinbarungen getroffen über Arbeitszeit, Löhne, Ueberstundenbegahlung und Allgemeine Bestimmungen, die von beiden Seiten angenommen wurden. Nur in dem Betrieb des Herrn Schreiber, der Vorsitzender des Ober-Ergebirgischen Papier-Industrie-Vereins ist, konnte über die Affordpreisliften noch keine Einigung erzielt werden. Diese Firma bildete den Hemmschuß, daß nicht bereits am Montag die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte.

Nach einer neueren Meldung sind die noch vorhandenen Schwierigkeiten ebenfalls überwunden worden, so daß der Streit in Annaberg und Umgegend mit einem schönen Erfolg für die Arbeiter beendet werden konnte. Die Arbeit konnte am 10. September wieder aufgenommen werden. Ueber den Inhalt des auf vier Jahre abgeschlossenen Tarifes berichten wir in nächster Nummer.

Dresden. Im imposanter Masse waren die Kartonnager Dresdens am 4. September versammelt, um den Bericht der Tarifkommission entgegenzunehmen. Vorher sprach in einem vorzüglichen Referat Kollege Brückner-Berlin über: „Der Kampf um's Recht“. Oft unterbrochen von Zeichen der Zustimmung schilderte Redner die trassen Gegensätze, die die heutige Gesellschaftsordnung zeitigt. Beispiele in großer Zahl zeigten, wie berechtigt der Kampf der Arbeiterschaft gegen den Klassenstaat ist. Der Kampf ums Recht wird ein siegreicher sein, wenn die Arbeiterschaft in ihrer ganzen Masse dafür eintritt. Der Referent endete mit der Aufforderung an alle, einzutreten in die Reihen der organisierten Arbeiterschaft und mitzuhelfen an der Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Durch reichen Beifall dankten die Anwesenden für die treffenden Ausführungen des Redners. Eine Diskussion hierüber wurde nicht beliebt.

Für die Kommission berichtete Lange über: „Die Antwort der Unternehmer auf die eingereichten Forderungen“. Er teilte zunächst mit, daß die Kommission dem Beschlusse der letzten Versammlung folgend, die Forderungen an 85 Unternehmer und außerdem an den Verband der Kartonnagenfabrikanten von Dresden und Umg. und an den Arbeitgeberverband der Zigarettenindustrie für Dresden und Umg. eingereicht habe. In einem erklärenden Begleitschreiben war die Antwort bis zum 26. August erbeten worden. Die beiden Unternehmerorganisationen sowie eine Reihe Einzelunter-

nehmer sind unserem Wunsche nachgekommen. Die Antworten der Verbände schienen von falschen Voraussetzungen auszugehen, denn in beiden wurde betont, daß die Verhältnisse zu verschieden seien, um sich einheitlich regeln zu lassen. Die Kommission beschloß, ein zweites Schreiben an die Unternehmerorganisationen zu richten, um eine Klärung des Sachverhalts herbeizuführen. Sie bot sich wiederum zu Besprechungen an und bat auch um Befragung der nichtorganisierten Unternehmer. Das Ergebnis dieser Schreiben war, daß sich beide Organisationen bereit erklärten, an einer Zusammenkunft mit der Kommission teilzunehmen. Die Kommission wird versuchen, bei den Besprechungen die Unternehmer von der Durchführbarkeit unserer Forderungen zu überzeugen. Auch das organisierte Unternehmertum hat ein hohes Interesse an einheitlich geregelten Arbeitsverhältnissen, diese sollen und können durch unsere Forderungen erreicht werden.

Lange berichtet dann noch über die einzelnen Schreiben. Besonders interessant war das der Aktiengesellschaft für Kartonagenindustrie (vorm. J. Scherbel). Diese Firma teilte mit, daß sie Fragen, die das Arbeitsverhältnis betreffen, bisher immer mit ihrem Arbeitspersonal selbst geregelt habe, sie habe keine Veranlassung, von dieser „bewährten Gepflogenheit“ abzugehen. Der Arbeiterauschuß, der in diesem Betriebe existiert, ist aber gar keine Vertretung der Arbeiter, die Arbeiterinnen haben keine eigene Vertretung. Die „bewährte Gepflogenheit“ wird von den in letzter Zeit wiederholt vorgekommenen Lohnabzügen trefflich illustriert. Die dort Beschäftigten haben kaum noch den Mut, gegen dergleichen zu protestieren. Die Firma möge aber bedenken, daß auch sie auf die Arbeiterschaft angewiesen ist. Dies zeigt sich im übrigen auch in ihren Schreiben an Arbeiterinnen zwecks sofortigen Antritts bei hohem Lohne. Dabei verlassen andere diesen Industrietempel, da ihnen der bei angestrengtester Arbeit erreichte Lohn von 9 bis 12 Mk. recht niedrig erscheint. Auch von anderen Vorkommnissen ließe sich in der Öffentlichkeit reden. Die weitbekannte Firma würde dabei wohl nicht gut abschneiden. Ein anderer Unternehmer hatte die Vorsprache der Kommission gewünscht, er erklärte dann, rückhaltlos das anzuerkennen, was nach den Verhandlungen vereinbart werde, er wolle auf alle Fälle eine Arbeitseinstellung vermeiden. Daß auch die Kommission versucht, auf gutlichem Wege dem Verlangen der Kartonnager gerecht zu werden, beweist ihr Vorgehen in dieser Angelegenheit. Sie will den Frieden im Gewerbe auch weiterhin sichern und rechnet dabei auf die Unterstützung und ein vernünftiges Entgegenkommen der gerecht denkenden Unternehmer.

Popf und Frau Kaufmann schildern in kurzen Zügen nochmals die mißlichen Verhältnisse in der Branche. Ersterer weist auch darauf hin, daß es durch die Hausagitation gelungen ist, noch in einer ganzen Reihe Betriebe festen Fuß zu fassen. Wir sind deshalb für alles gerüstet. Beide Redner enden mit der Aufforderung, auch die letzten Kartonnager für die Organisation heranzuziehen und für den Tarifgedanken zu interessieren, damit wir in einer geschlossenen Front allem entgegensehen können.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 4. September versammelten Kartonnagerarbeiter und -arbeiterinnen nehmen den Bericht der Kommission entgegen und erklären ihr Einverständnis mit dem Borgehen derselben.

Die Versammelten protestieren gegen das Verhalten einzelner Unternehmer, welche versuchen, durch Versprechungen oder auch durch Drohungen die Einführung eines vertraglichen Arbeitsverhältnisses zu hintertreiben. Sie sind der Ueberzeugung, daß diese Unternehmer als Außenseiter und durch sogenannte Scheuwerkunterstützung das Gewerbe zu schädigen suchen, indem sie einer einheitlichen Regelung entgegen wirken. — Sie sprechen ihre Betrübnis darüber aus, daß die Unternehmer wohl auf die Forderungen geantwortet haben, daß es aber bis jetzt noch nicht gelungen ist, die Unternehmer von der Möglichkeit einer einheitlichen Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu überzeugen.

Sie beauftragen die Kommission, bei den bevorstehenden Besprechungen die Unternehmer durch Beispiele von Berechnungen auf die Durchführbarkeit ihrer Forderungen hinzuweisen.

Sie erwarten von den Kartonnagerfabrikanten ein verständiges Eingehen auf ihre Forderungen, um dadurch die Verhältnisse des Gewerbes zu sichern und zu bessern.

Die Dresdener Kartonnagerarbeiter- und -arbeiterinnen beschreiben, ihre Kommission mit allen Mitteln bei ihrer Aufgabe zu unterstützen.“

Brückner weist noch auf die Kartonnager Berlins hin, die nach mehrwöchigem Streik einen vollen Sieg errungen haben. Aber es müsse nicht immer

gestreift werden — für Dresden sei ein Sieg auch ohne dieses letzte Mittel zu erwarten. Die Kartonnagerarbeiterinnen gehören hier ja zu den gesuchtesten und sie können deshalb sicher ihre Bewegung zu Ende führen, ohne von allen Mitteln Gebrauch zu machen, wie sie es gewillt sind.

Lange fordert noch auf, alle Vorkommnisse aus den Betrieben sofort wahrheitsgemäß der Kommission zu berichten. Alle Angelegenheiten müssen durch diese zur Erlebigung kommen; es dürfen auch in keinem Betriebe Sondervereinbarungen getroffen werden. Er warnt noch vor Arbeitseinstellungen, die in Zeiten von Bewegungen häufig sind. Bis jetzt ist es der Kommission gelungen, solche zu verhindern. Er spricht die Erwartung aus, daß es im Interesse der Bewegung gelingen muß, Provozierungen zu umgehen, um unseren Kampf in Ruhe zu Ende zu führen. Nachdem noch darauf hingewiesen wurde, daß jetzt keine Arbeit ohne vorherige Erkundigung angenommen werden sollte, schloß die gut verlaufene Versammlung mit einem Hoch auf den Buchbinder-Verband.

Berlin. Am 4. September fand eine von weit über 400 Personen besuchte Versammlung der in der Postkartonbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt, um den Bericht über die stattgefundenen Tarifverhandlungen entgegenzunehmen. Wie der Referent der Versammlung ausführte, hatten die Unternehmer auf die eingereichte Tarifvorlage eine 28 Seiten starke Gegenvorlage ausgearbeitet. Nachdem nun vier Sitzungen der beiden Parteien stattgefunden hatten, scheiterten die Verhandlungen an der starren Haltung der Arbeitgeber. In der Sitzung, die am 30. August stattfand, schlugen die Arbeitgeber vor, bezüglich der Wochenlöhne die Tarifbedingungen der Bezugsbranche zu bewilligen. Zu den Akkordpreisen wollten sie in der ersten Sitzung eine Zulage bis 10 Proz. geben, in der zweiten gar nichts, während sie die Frage der Arbeitszeit ebenfalls nach dem Bezugsbranchen geregelt wissen wollten. Dadurch aber würden die Arbeiter der Postbranche, deren Arbeit eine äußerst schwere ist, ungünstiger gestellt werden. Unter diesen Umständen mußten die Verhandlungen als gescheitert gelten. Durch die Arbeitervertreter ist bei den Besprechungen das denkbar weiteste Entgegenkommen gezeigt worden, so daß es nicht ihre Schuld ist, wenn die Verhandlungen resultatlos verlaufen sind. Nach lebhafter Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige stark besuchte Versammlung der in der Postbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nehmen Kenntnis von dem Gang der Verhandlungen mit den Unternehmern und billigen vollständig die Haltung ihrer Unterhändler.

Die Versammlung beschließt nach dem gemachten Zugeständnissen der Unternehmer, weitere Verhandlungen nicht zu führen, da bei der Haltung der Arbeitgeber eine friedliche Einigung nicht zu erwarten ist.

Den Wünschen der Arbeitgeber, nunmehr das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts anzurufen, vermag die Versammlung nicht zuzustimmen. Die Versammlung beauftragt die Tarifkommission mit je einem Vertreter aus jeder Werkstatt die reduzierte Vorlage nach der letzten Verhandlung zusammenzustellen und dieselben zur Unterschrift vorzulegen. Eine weitere Versammlung wird dann über die weiteren Maßnahmen zu beschließen haben.

In Anbetracht der Situation verpflichten sich alle Anwesenden, für die Ausbreitung der Organisation Sorge zu tragen, um am 1. Oktober eine geschlossene Macht zu bilden.

Grünkalt. Die Firma Schäffer und das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter. Am 5. September fand hier eine sehr interessante öffentliche Gewerkschaftsversammlung mit der Tagesordnung statt: „Wie Unternehmer das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter achten, mit besonderer Berücksichtigung der letzten Vorkommnisse in der Gesangbuchfabrik J. Schäffer“. Referent war der Vorsitzende unseres Verbandes, Kollege Kloth, der sich seiner Aufgabe, wie der reiche Beifall bewies, in vortrefflicher Weise entledigte. Er wies einleitend darauf hin, wie sich in letzter Zeit immer mehr die Zeichen häufen, daß die Scharfmacher der Groß- und Schwerindustrie zu einem Ansturm auf das Koalitionsrecht durch Schaffung von Ausnahmegeetzen rüsteten. Das sei einerseits ein Gefahr für die Arbeiterklasse, andererseits aber ein Zeichen ihrer Stärke, indem die Unternehmerorganisationen daran verzweifeln, durch eigene Kraft die berechtigten Bestrebungen der Arbeiterklasse niederzuhalten. Selbst einer der rückwärtslosesten Befechter der Unternehmerinteressen, der frühere Generalsekretär des Zentralverbandes deutscher Industrier, Quack, habe bei seiner Amtsniederlegung vor etwa zwei Jahren erklärt, daß er den Glauben nicht mehr habe, daß die Arbeitgeber die Gewerkschaften zertrümmern und zerschlagen könnten. Kloth

wies dann auf das gewaltige Wachstum der Gewerkschaften hin, die seit 1894 von 224 000 Mitgliedern auf 2 1/2 Millionen gestiegen, sich also verzehnfacht hätten. Aber nicht nur an Zahl seien die Gewerkschaften gewachsen, sondern ebenso sehr an innerer Festigung und Kapitalkraft. An diesem Aufstieg hätten alle Gewerkschaften teilgenommen, also auch der Buchbinderverband, der seine Mitgliederzahl seit 1894 von knapp 3000 auf 32 000 erhöht habe. Es wäre eine durchaus irrige Ansicht unserer Segner, wenn sie solches Wachstum als das Werk einzelner Heber und Agitatoren bezeichneten. Nein! Die Agitatoren hätten sich lungenkrank reden können und hätten doch keine Erfolge erzielt, wenn nicht das unbedingte Bedürfnis der Arbeiter zur Schaffung von Gewerkschaften vorgelegen hätte.

Der Referent kam sodann auf die Vorkommnisse bei der Firma Schäffer zu sprechen, die den Glauben erweckt hätten, daß die geschehenen Entlassungen von Arbeitern wegen der Zugehörigkeit zum Buchbinderverbande stattgefunden hätten. Er sei nun heute bei der Firma Schäffer vorstellig geworden, um durch eine Aussprache festzustellen, warum die Firma dem Buchbinderverbande so feindselig gesinnt sei. Die Unterredung habe drei Stunden gedauert und seitens der Firma sei immer wieder erklärt worden, daß die Entlassungen nicht wegen Verbandszugehörigkeit erfolgt seien, sondern wegen angeblicher Agitation unter den Lehrlingen in der Werkstatt. Von unseren Mitgliedern wurde aber eine solche Agitation ganz entschieden bestritten. Ihre Feindschaft gegen den Buchbinderverband führte die Firma auf den Streik von 1904 und auf die daraus resultierenden Angriffe gegen den verstorbenen Herrn Schäffer zurück. Zu einer klaren Erklärung, daß sie zukünftig ihren Arbeitern und Arbeiterinnen keine Hindernisse in den Weg legen würde, wenn diese sich organisierten, sei die Firma aber nicht zu bewegen gewesen, und zwar, wie sie angab, aus dem Grunde nicht, weil daraus eventuell ein Agitationsmittel für den Buchbinderverband geschaffen würde; sie, die Firma, würde jedoch von den bei ihr Beschäftigten oder in Stellung Treulenden nicht den Austritt aus dem Buchbinderverband verlangen und keine Maßregelungen vornehmen.

Kloth empfahl, eine abwartende Stellung einzunehmen und bei etwaigen Differenzen mit der Firma Schäffer nicht gleich in die Öffentlichkeit hinauszugehen, sondern den Organisationsinstanzen die Schlichtung derselben zu übertragen.

In der Diskussion sprach Genosse Bonn sich zu dem „Offenen Brief“ in der „Pfälzischen Post“ aus, über den sich Herr Schäffer und der Prokurist Herr Oswald beklagt hätten. Er schob die Hauptschuld der Organisationsfeindschaft der Firma Schäffer auf deren Prokuristen Herrn Oswald. Auch er erwähnte die Nichtorganisierten bei Schäffer, sich nicht ihr gutes Recht nehmen zu lassen, sondern den Anschluß an den Buchbinderverband sofort zu bewirken. Auch Bonn erzielte starken Beifall. Ebenso ein anderer Redner, der den Vorsitzenden des Buchbinderverbandes ersuchte, nochmals bei der Firma wegen Zurücknahme der Entlassung eines Kollegen vorstellig zu werden, welchem Wunsch sich die Versammlung anschloß und den Kloth zu berücksichtigen versprach.

Die gut besuchte, geistig hochstehende Versammlung nahm folgende Resolution an:

„Die heute am 5. September tagende öffentliche Gewerkschaftsversammlung nimmt Kenntnis von der Verhandlung, die der Verbandsvorsitzende, Kollege Kloth, mit der Firma Schäffer gehabt hat.

Die Versammlung gibt der Ansicht Ausdruck, daß das bisherige Verhalten der Firma Schäffer nicht dazu angetan war, die Ueberzeugung zu erwecken, daß sie ihren Arbeitern und Arbeiterinnen das Koalitionsrecht nicht verweigern wollte, die Versammlung vermag daher die Erklärung der Firma, daß sie niemand wegen Verbandszugehörigkeit entlassen habe, nur mit einem gewissen Vorbehalt aufzunehmen.

Die Versammlung entspricht aber der Empfehlung des Referenten, eine abwartende Stellung einzunehmen, ob in der Zukunft das Koalitionsrecht bei der Firma Schäffer Beschäftigten keine Anfechtung erfährt, und sie hält es ferner für richtig, wenn bei etwaigen Differenzen zunächst die Organisationsinstanzen eine friedliche Vermittlung mit der Firma versuchen. Die Versammlung fordert die bei Schäffer Beschäftigten auf, sich ohne Ausnahme dem Buchbinderverbande anzuschließen, weil die gewerkschaftliche Organisation auch für die Wahrung ihrer Interessen eine unbedingte Notwendigkeit ist.“

Als Kloth am anderen Tage wegen der Zurücknahme der Entlassung des betreffenden Kollegen bei der Firma Schäffer vor sprach, durfte er zuerst die Hoffnung hegen, daß die Entlassung zurückgenommen würde, sofern eine von dem Prokuristen Herrn Oswald gewünschte Berichtigung des „Offenen Briefes“ in der „Pfälzischen Post“ aufgenommen würde. Eine am Nachmittag mit Herrn Schäffer

geführte Verhandlung zerstörte aber nicht nur diese Hoffnung vollständig, sondern auch die weitere, daß die Firma zukünftig dem Verbands etwas weniger feindlich gegenüberstehen und das Koalitionsrecht ihrer Arbeiter respektieren würde. Gewiß: die Form der Verhandlung seitens der Firma mit Bloß war eine durchaus höfliche. Aber was nützt den Schafferschen Arbeitern und Arbeiterinnen das, wenn die Firma, kurz gesagt, den Standpunkt einnimmt: Wir möchten nicht gern in der Öffentlichkeit als koalitionsfeindlich gelten, werden aber alles tun, um die gewerkschaftliche Organisation unserer Arbeiter und Arbeiterinnen zu verhindern!

Das ist die Quintessenz und Konsequenz der Erklärungen der Firma. Damit können wir uns nicht zufrieden erklären, denn nachdem die Firma einen betriebslichen Standpunkt von jeder eingenommen hat und noch einnimmt, kann für uns die Parole nur lauten: Volle Koalitionsfreiheit für unsere bei Schaffers beschäftigten Kollegen und Kolleginnen! Sie sollen es nicht mehr nötig haben, ihre Zugehörigkeit zum Buchbinderverband zu verbergen, sie sozusagen in den Silberstrang zu stellen und sich derselben nur ganz im Stillen zu erfreuen. Das Vereinigungsrecht ist das gute gesetzliche Recht der Arbeiter, das wie jedes Recht auch gebraucht und angewandt werden soll, und woran kein Unternehmer zu rütteln das Recht hat!

Das letzte Wort ist noch nicht in dieser Sache gesprochen, denn Recht muß doch Recht bleiben, wenn es sich auch bloß um das gute Recht armer Arbeiter und Arbeiterinnen handelt.

Stuttgart. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung fand am 28. August statt. Genosse Keil referierte über: Arbeiterfragen im Landtag. Der Referent verstand es in meisterhafter Weise, den Anwesenden die Fragen, die die Arbeiterschaft betreffen, vor Augen zu führen. Er verweist in seinem Vortrag speziell auf die Arbeitskammern, sowie auf die staatliche Arbeitslosenfürsorge usw. Er betont, daß noch jetzt die Sozialdemokratie die Interessen der Minderbemittelten vertreten habe, und sie werde das auch in Zukunft tun. An der Arbeiterschaft liege es, daß die bevorstehenden Landtagswahlen zu unseren Gunsten ausfallen: Ein jeder Arbeiter sollte sich zur Pflicht machen, nicht nur gewerkschaftlich, sondern auch politisch organisiert, sowie auch Abonnent der „Schwäbischen Tagwacht“ zu sein.

Koll. Lange berichtete sodann im Auftrage der Revisoren, daß alles in bester Ordnung vorgefunden wurde. Unter „Verschiedenes“ teilt Kemminger mit, daß am 1. Oktober die Verschmelzung der Pabststelle Eßlingen mit Stuttgart vor sich gehe. Nach kurzer Debatte über die getroffenen Bedingungen wurde diesen zugestimmt.

Berlin. Am 20. August hielten die Berliner Etuisarbeiter ihre Branchenversammlung ab. Die interessante Tagesordnung hatte den größten Teil der Kollegenschaft herbeigerufen. Kollege Klar referierte über „Der gewerkschaftliche Kampf“. In seinen Schlussbemerkungen ermahnte er die Kollegen, recht tätig mitzuarbeiten und nicht nur zahlende Mitglieder zu sein. Denn nur durch rege Mitarbeit in der Organisation und dadurch, daß auch der Letzte unter uns dem Verband zugeführt wird, kann es uns möglich sein, unseren im nächsten Jahr zu erwartenden Lohnkampf zum Wohle der Kollegen und ihrer Familien und zu Ruh und Frommen des Gewerbes zu führen.

Die Zuhörer spendeten dem fesselnden Vortrag reichen Beifall. Sodann wurde Kollege Leichter zum Schriftführer und als Mitglied der Tarifkommission gewählt und Kulikowsky als Vertreter der Branche in die Ortsverwaltung entsandt. Unter „Verschiedenes“ wurde ein Antrag angenommen, nach welchem die arbeitslosen Kollegen einen der ihren in die Delegiertenversammlung entsenden können. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, die Jugendlichen unseres Berufs mehr als bisher der Organisation anzuschließen. Aus den Reihen der Kollegen kam die Anfrage, ob wir den Lohnausfall für die in diesem Herbst auf Grund unseres Tarifs eintretende Arbeitszeitverfügung selbst tragen müssen. Daß dies leider der Fall ist, löste einen Entrüstungssturm aus, doch wurde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Unternehmer aus eigenem Antrieb in Anbetracht der schweren Leistung derselben tragen und daß eine gleiche Situation in künftigen Tarifen auf jeden Fall vermieden wird.

Breslau. Nachdem entsprechend dem Vorschlage der Ortsverwaltung die Generalversammlung der Pabststelle beschlossen hatte, das Agitationsgebiet in drei Branchen zu gliedern und für jede eine Branchenkommission zu wählen, fanden am 2., 3.

und 4. d. M. die Branchenversammlungen statt, die in Anbetracht des Umstandes, daß die Lohnbewegung schon in den nächsten Wochen ihren Anfang nehmen soll, verhältnismäßig schwach besucht waren. Kollege Brucks ging zunächst auf die wirtschaftlichen Verhältnisse in unserem Berufe des näheren ein. Die Sucht unserer Prinzipale nach billigen Arbeitskräften hat es mit sich gebracht, daß in unseren Branchen durchweg die Arbeiterinnen überwiegen und in der Papierwarenindustrie werden überhaupt nur verschwindend wenig männliche Arbeitskräfte beschäftigt. Leider war der Verband bisher nicht in der Lage, der bei überaus niedrigen Löhnen geübten grenzenlosen Ausbeutung der Arbeitskräfte einen Damm entgegenzusetzen. Da ja bekanntlich Verträge der Ausdruck der Machtverhältnisse der Kontrahenten sind, gibt auch unser Tarifvertrag, dessen Gültigkeitsdauer nun ihrem Ende zuneigt, deutlich zu erkennen, daß die Kollegenschaft bei Eingehung desselben sich nicht kräftig genug gefühlt hat, um auf angemesseneren Löhnen zu bestehen. Weibens doch die in ihm festgesetzten Löhne selbst noch hinter den vom Regierungspräsidenten normierten Tagelohnstufen zurück. Ein solcher Tarifvertrag dürfte wohl in keiner anderen Industrie mehr anzutreffen sein, denn bisher haben sich die Gewerkschaften immer noch etwas darauf zugute tun können, daß sie den staatlichen Maßnahmen zum Schutze der Arbeiterschaft schon weit vorausgeht waren. Auch in keiner anderen Großstadt treffen wir in unserem Gewerbe so niedrige Löhne an, wie in Breslau. Dabei hat Breslau ein recht teures Pfaster. Hier sind die Lebensmittelpreise bedeutend höher als z. B. in Berlin. Leider hat trotzdem die Macht unserer Organisation seit dem letzten Tarifabschluß keine Steigerung erfahren. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist seitdem erheblich zurückgegangen und erst in letzter Zeit hat sie wieder eine — verhältnismäßig doch sehr geringe — Steigerung erfahren. Wollen wir aber in diesem Jahre einen besseren Vertragsabschluß erreichen als vor drei Jahren, so müssen alle Kräfte angespannt werden, um die uns fernstehenden Kollegen und Kolleginnen für unsere Bestrebungen zu gewinnen und den Verband nominell und finanziell zu stärken. Ein Weg dazu ist die Wahl von Branchenkommissionen, die an sich keine neue Erscheinung, sondern andersorts bereits dem Verbands sehr nützlich gewesen sind. Deshalb habe auch die Etuis- und Kartonnagenarbeiterkonferenz, die zu Ostern in Leipzig tagte, erneut den Anstoß zur Wahl von besonderen Branchenkommissionen gegeben.

Soweit in den drei Versammlungen eine Diskussion beliebt wurde, bewegte sie sich im Sinne dieser Ausführungen. Für die Kartonnagenbranche, der auch die Etuisbetriebe zugeteilt sind, wurden die Kollegen Striebel, Boer und Kollege Hartmann gewählt. Die Buchbinderbranche, die die Geschäftsbücherfabriken und die Buchbinderabteilungen der Buchdruckereien sowie alle die Buchbinder beschäftigenden Betriebe wie Kustfabriken, Versicherungsvereinigungen usw. mit umfaßt, wählte die Kollegen Kneubauer, Rothur, Dehnelt, Hönisch und Wagner. Die Papierwarenbranche umfaßt die Lugsapapier-, Spitzenpapier-, Papierwaren- und Lütenfabriken. In die Branchenkommission wurden Volkman, Michalski und Buttke gewählt. Von den Gewählten fungieren die erstgenannten als Obleute.

Frankfurt a. M.-Offenbach. Die Firma Berke u. Cie. suchte Anfang August durch die Annoncenexpedition einen tüchtigen Buchbinder. Die Firma genießt aber in Frankfurter Kollegenzreisen einen solchen Ruf, daß diese es ablehnten, auf die Schreiben der Firma zu reagieren. Da aber die Inserate dieser Firma äußerlich schon kenntlich sind, warnten wir unsere Kollegen in der „Vollstimme“, nicht unnütz Zeit und Geld zu verschwenden, zumal die Firma Berke u. Cie. in der Regel auch noch Photographie verlangt. Das letztere könnte manchen armen arbeitslosen Kollegen noch zu besonderen Ausgaben verleiten, in dem Glauben, eine besonders gute Stelle zu erhalten. Die Firma besch nun die Dreistigkeit, in einem Brief an die Ortsverwaltung zu bestreiten, daß sie einen Buchbinder suche, obwohl uns mehrere Karten das Gegenteil beweisen und den Briefschreiber tadeln strafen. Die Firma verlangte sogar eine Nichtigstellung in der „Vollstimme“, was wir natürlich ablehnten. Da nun auch von auswärtigen Anfragen über die Firma einlaufen, sehen wir uns veranlaßt, auch in der „Buchbinder-Zeitung“ unsere Kollegen vor dieser Firma zu warnen und zu ersuchen, Arbeitsangebote unter allen Umständen in eigenen Interesse abzulehnen.

Zurückgestellt infolge Raummangels wurden: Korrespondenzen aus Frankfurt a. M.-Offenbach und Kaiserlautern.

Berichtigung.

Zu dem Artikel in Nr. 36 vom 31. August d. J., überschrieben „Grundsätze bei Vergabung von Buchbinderarbeiten durch Arbeiter-Organisationen und Parabeetriebe“, erhalten wir nachfolgende Berichtigung:

Ich bezahle für den Bestkalendar zu binden 1 Pf. per Stück mehr als in den Leipziger Großbuchbindereien. Durch den hier stattfindenden Parteitag ist die Buchbinderei am Platz, welcher ich meine sämtlichen Arbeiten übertrage, zu sehr beschäftigt, um die ganze Anzahl der Bestkalendar rechtzeitig fertigzustellen. Aus diesem Grunde mußte ein Teil nach Waldburg vergeben werden, und zwar zu dem gleichen Preis, welchen ich hier zahle. Die Buchbinderei in Waldburg „schuftet“ durchaus nicht mit „Weiß und Rind“, sondern kann sich den Chemnitzer Betrieben in bezug auf maschinelle Einrichtung ruhig an die Seite stellen. Die ganze Darstellungsweise muß ich deshalb als falsch bezeichnen. Die in dem angezogenen Artikel empfohlenen Grundsätze sind für mich schon längst Ehenjache — solange als ich in der Arbeiterbewegung tätig bin.

Albin Langer, Buchhändler, Chemnitz.
Wenn auch diese Berichtigung einiges in dem Artikel in Nr. 36 Geagte als zu weitgehend erscheinen läßt, so zeigt sich uns dafür eine andere nicht minder nette Mütze, daß nämlich dann Parteiarbeiten von unorganisierten Buchbindern hergestellt werden. Denn wir haben ja in Waldburg kein Mitglied unseres Verbandes. Oder sollte der dortige Betrieb keine Gesellen beschäftigen? Auch dann würde an der Tendenz des Artikels in Nr. 36 nicht das geringste geändert. Wir halten es nach wie vor für merkwürdig, daß ausgesprochene Parteiarbeiten nicht in den eigenen Betrieben hergestellt werden, sondern daß diese vielmehr erst durch eine dritte Hand gehen müssen, ehe sie als Broschüre zum Verkauf fertig sind.

Rundschau.

— Also doch Zentrumsgewerkschaften. Bekanntlich leugnen die christlichen Gewerkschaftsführer wie auch die Zentrumspresse ständig, daß die christlichen Gewerkschaften Zentrumszustandorganisationen seien. Zu dem Gewerkschaftsstreit im katholischen Lager gab nun das Osnabrücker Zentrumorgan, die „Volkzeitung“, einer Auslassung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ Raum, in der es unter anderem wörtlich heißt:

„Zunächst ist das Zentrum und die von ihm ins Leben gerufene und geförderte christliche Gewerkschaftsbewegung durch die bekannten päpstlichen Kundgebungen in Mitleidenschaft gezogen. Wie tief dieser Eingriff in die Lebensbedingungen der Zentrumszustandorganisationen empfunden wird . . .

Diese Auslassungen gibt die „Volkzeitung“ ohne Kommentar wieder. Sie bestätigt damit die Auffassung des Regierungsblattes über den Charakter der christlichen Gewerkschaften.

Kruppwohlfahrt und ihre Folgen. Noch ist in der bürgerlichen Welt der Begeisterungsausschlag über die „Hochherzigen“ Millionenstiftungen der Firma Krupp nicht verfliegen und schon machen sich für die Arbeiter der Gussstahlfabrik in Essen die üblen Folgen der reifenhaften Stifterei bemerkbar. So konnte man jetzt in der Tagespresse lesen, daß schon am Tage nach der sogenannten Jubelfeier in einigen Betrieben die Akkordlöhne gekürzt wurden. Später, bei der ersten Lohnzahlung nach dem Jubiläum, gewählten die etwa 1000 in der Kesselschmiede beschäftigten Arbeiter, daß ihr Lohn um drei Markt geringer war, als sie erwartet hatten. Es ergab sich, daß ein dauernder Akkordabzug gemacht worden war, der pro Jahr für die Firma mindestens 78 000 Mk. ausmacht, weit mehr, als zur Jubiläumfeier den Arbeitern „geschenkt“ wurde. Anderen Arbeitern wurde die Ueberstundenarbeit genommen, was an sich ja zu begrüßen wäre; doch irgend eine Lohnzulage erhielten sie nicht, so daß, da ihr Haushalt auf die Mehrschufterei angewiesen ist, das Jubiläumjahr für sie einen sehr bitteren Nachgeschmack haben dürfte. Noch schlimmer erging es verschiedenen hundert in einer Gießerei-Abteilung beschäftigten Akkordarbeitern. Diesen wurde nach 12 Schichten schwerer Arbeit ein Lohn ausgehändigt, der sonst auf nur 11 Schichten entfiel. Dabei wurde ihnen aber großmütig erklärt, daß die Firma „selbstverständlich“ die Feierlichkeit am Tage des Kaiserbesuchs mit bezahle. Also auch hier ein Abzug, der für den einzelnen Arbeiter einen Fehlbetrag von 3 bis 10 Mk. ausmacht! Es scheint also, als wenn die Firma ihre „Vollfahrt“ mit Zins und Zinseszins wieder bereinholen wollte. Die bürgerliche Presse schweigt natürlich dieses Gesicht des grandiosen Kruppischen Wohlfahrtschwindsels tot.

Zentral-Kranken- und Begräbnis-Kasse der Buchbinder und verwandter Geschäftszweige.

(Eingetragene Hilfskasse, Sitz Leipzig.)

Abrechnung des 2. Quartals 1912.

| Einnahmen | | Ausgaben | |
|------------------------------|-------|----------------------------------|------|
| An Ueberschüssen gingen ein: | | An Zuschüssen nach: | |
| Kugsburg | 100 | Altenburg | 200 |
| Altona | 150 | Annaberg | 50 |
| Berger | 300 | Berlin | 1000 |
| Braunschweig | 150 | Bremen | 150 |
| Breslau | 150 | Birgöl | 500 |
| Bielefeld | 150 | Bischofsheim | 100 |
| Brieg | 200 | Cassel | 150 |
| Chemnitz | 100 | Dülmen | 100 |
| Dortmund | 150 | Erlangen | 200 |
| Düsseldorf | 150 | Freiberg | 200 |
| Elberfeld | 200 | Freiburg | 100 |
| Effen | 150 | Fechenheim | 200 |
| Erfurt | 75 | Fürth | 100 |
| Gottha | 100 | Gera | 100 |
| Hamburg | 400 | Hannover | 600 |
| Halle | 250 | Leipzig | 1000 |
| Heilbronn | 200 | München | 300 |
| Hanau | 150 | Mainz | 100 |
| Jügesheim | 100 | M.-Gladbach | 200 |
| Kirchheimbolanden | 80 | Mühlheim | 100 |
| Revelar | 400 | Neulingen | 100 |
| Karlsruhe | 100 | Stettin | 200 |
| Kandel | 100 | Schleiz | 100 |
| Lahr | 200 | Zeitz | 120 |
| Magdeburg | 200 | | |
| Nürnberg | 450 | Für Krankenunterstütz. an Mitgl. | |
| Rembrüden | 180 | 1. Klasse nach § 10 Absz 2 | 25 |
| Worzhheim | 100 | 2. " " " § 10 " 2 | 424 |
| Schma | 75 | 1. " " " § 10 " 1 | 96 |
| Stuttgart | 600 | 2. " " " § 10 " 1 | 180 |
| Schleiz | 100 | " Kur- und Verpflegungskosten | |
| Ulm | 40 | im Krankenhaus | 188 |
| Würzburg | 100 | ärztliche Behandlung | 76 |
| An Zinsen der Hypotheken | 1720 | Arznei | 87 |
| der Wertpapiere | 2359 | Brillen | 6 |
| " Straßen | 10 | Bruchbänder | 6 |
| Steuerresten | 36 | Heilmittel | 28 |
| Steuern I. Klasse | 399 | Porto des Vorsitzenden | 72 |
| II. " " | 255 | des Kassierers | 78 |
| III. " " | 1278 | Schreibmaterial | 9 |
| Einkommensteuer | 36 | verschiedenes | 40 |
| Summa | 12046 | Transportkosten nach Kranken- | |
| | 12 | häusern und Eisenbahnfahrt | |
| | | zum Spezialarzt | 29 |
| | | Zinsen und höheren Kurs bei | |
| | | Kauf von Wertpapieren | 56 |
| | | Verwaltung von Depofiten | 42 |
| | | Inserate in der Satiller- und | |
| | | Portefeuille-Zeitung pro 1. | |
| | | Quartal 1912 | 86 |
| | | Inserate in der Buchbinder- | |
| | | Zeitung pro 1. Quartal 1912 | 189 |
| | | Revision der Hauptklasse für | |
| | | den Ausschuß | 6 |
| | | Revision d. Jahresberichts 1911 | 10 |
| | | Entschädigung der Revisoren | |
| | | bei Abrechnung des 1. Qu. 1912 | 8 |
| | | Gehalt des Vorsitzenden | 700 |
| | | des Kassierers | 600 |
| | | des Schriftführers | 15 |
| | | der Revisor und des | |
| | | stellvertret. Vorsitzenden | 75 |
| | | Beitrag z. Unterst.-Vereinig. | 18 |
| | | Beitrag zur Inv.-Versicherung | 6 |
| | | Mietzins pro 2. Quartal 1912 | 189 |
| | | Summa | 9164 |
| | | | 79 |

Bilanz:

| | |
|---------------|---------------|
| Einnahme | 302 718,13 M. |
| Ausgabe | 9 164,79 |
| Kassenbestand | 293 553,34 M. |

Für die Richtigkeit:

Leipzig, den 5. September 1912.

Die Revisoren:

Richard Gittel. A. Bönke.

Der Kassierer:

P. Städter.

| An Krankengeld wurde ausgezahlt: | Medizin- und ärztliche Behandlung | | Vorhandene Fonds | |
|----------------------------------|-----------------------------------|-----|------------------|-------|
| | M. | Pf. | M. | Pf. |
| Kaichen | 142 | 15 | 50 | 182 |
| Altenburg | 267 | 50 | 17 | 56 |
| Annaberg | 432 | 60 | 2 | 165 |
| Kugsburg | 40 | 50 | 1 | 178 |
| Altona (Elbe) | 15 | — | 16 | 289 |
| Barmen | 251 | 80 | 14 | 186 |
| Berlin | 8186 | 85 | 676 | 1837 |
| Bremen | 344 | — | 14 | 342 |
| Bonn | 257 | — | 46 | 379 |
| Bieber | 1413 | 95 | 4 | 245 |
| Birgöl | 1135 | 70 | 83 | 177 |
| Berger | 434 | — | 201 | 205 |
| Braunschweig | 54 | 75 | 10 | 208 |
| Buchholz | 106 | 50 | 81 | 236 |
| Breslau | 221 | 50 | 49 | 62 |
| Bielefeld | 18 | 75 | 2 | 304 |
| Brieg | 135 | 25 | — | 220 |
| Bischofsheim | 263 | — | 30 | 31 |
| Chemnitz | 212 | — | 31 | 196 |
| Cassel | 355 | — | 3 | 108 |
| Dresden | 1033 | 15 | 41 | 525 |
| Dülmen | 315 | — | — | 125 |
| Dortmund | 136 | — | 3 | 275 |
| Düsseldorf | 234 | 50 | 11 | 368 |
| Elberfeld | 252 | 50 | 49 | 102 |
| Erlangen | 561 | — | — | 58 |
| Effen (Ruhr) | 80 | — | — | 143 |
| Ehlingen | 136 | 50 | 8 | 51 |
| Erfurt | 55 | 80 | — | 35 |
| Frankfurt a. M. | 779 | 10 | 119 | 439 |
| Freiberg i. S. | 360 | — | 55 | 7 |
| Freiburg i. B. | 574 | — | — | 170 |
| Fechenheim | 762 | — | 96 | 178 |
| Fürth | 416 | 50 | 9 | 29 |
| Gera | 329 | 20 | 5 | 13 |
| Gottha | 88 | — | 10 | 279 |
| Grünstadt | 152 | 40 | 13 | 42 |
| Hamburg | 369 | — | 90 | 313 |
| Hannover | 2223 | 05 | 124 | 409 |
| Halle | 176 | — | 2 | 491 |
| Heusenstamm | 34 | 50 | 15 | 133 |
| Hildesheim | — | — | — | 124 |
| Hausen | 226 | — | — | 333 |
| Hagen | 249 | 50 | 72 | 186 |
| Heilbronn | 137 | 05 | — | 296 |
| Hanau | 162 | — | — | 175 |
| Herslohn | 16 | — | — | 155 |
| Jügesheim | 60 | — | — | 94 |
| Köln | 254 | 77 | 21 | 477 |
| Kirchheimbolanden | 79 | 50 | 5 | 114 |
| Revelar | 426 | 80 | 1 | 687 |
| Karlsruhe | 56 | — | — | 160 |
| Kandel | 24 | — | — | 191 |
| Klein-Steinheim | 24 | — | 9 | 266 |
| Konstanz | 27 | — | — | 192 |
| Leipzig | 10672 | 80 | 185 | 1568 |
| Lahr | 678 | — | 32 | 439 |
| München | 1403 | 25 | 139 | 385 |
| Mainz | 428 | 50 | 31 | 74 |
| Rammheim | 454 | 40 | 7 | 371 |
| Magdeburg | 230 | 05 | 69 | 405 |
| M.-Gladbach | 516 | — | 16 | 26 |
| Mühlheim a. M. | 443 | 50 | 24 | 289 |
| Nürnberg | 728 | — | 121 | 155 |
| Neu-Ruppin | 54 | — | 4 | 84 |
| Neu-Isenburg | 126 | 75 | 35 | 123 |
| Offenbach | 4313 | 95 | 263 | 957 |
| Oberthausen | 988 | 75 | 19 | 83 |
| Worzhheim | — | — | — | — |
| Neulingen | 380 | 80 | — | 124 |
| Regensburg | 425 | — | — | 165 |
| Rumpenheim | 136 | 70 | 65 | 250 |
| Rembrüden | 32 | 50 | 25 | 119 |
| Schma | 176 | 50 | 9 | 14 |
| Solingen | 92 | — | 2 | 189 |
| Stuttgart | 2197 | 85 | 129 | 746 |
| Stettin | 339 | 70 | 42 | 100 |
| Schleiz | 352 | 30 | — | 110 |
| Ulm | — | — | 7 | 113 |
| Wiesbaden | 112 | — | 10 | 25 |
| Würzburg | 170 | 90 | 12 | 87 |
| Zeitz | 134 | — | — | 39 |
| Summa | 52508 | 07* | 3280 | 79 |
| | | | | 21054 |

* In dieser Gesamtsumme ist das Beerdigungsgeld mit entfallen.

An Beerdigungsgeld wurde ausgezahlt:

| | | | |
|------------|-------|-----------|-------|
| Berlin | 480,— | Hannover | 190,— |
| Bieber | 80,— | Leipzig | 310,— |
| Bielefeld | 80,— | München | 110,— |
| Chemnitz | 80,— | Magdeburg | 80,— |
| Dresden | 90,— | Nürnberg | 80,— |
| Elberfeld | 110,— | Offenbach | 110,— |
| Fechenheim | 80,— | | |

ANZEIGEN

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß am 1. September unser langjähriges Mitglied, der Kollege

Karl Hilltcher

in Meissen i. S. verstorben ist.

Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, die Kollegin

Martha Wimmer

nach längerem Leiden am 2. September gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken,
Die Ortsverwaltung.

Am 1. Sept. verstarb in Meissen der Buchbinder **Karl Hilltcher**. Er war uns ein lieber Kollege und werden wir seiner stets in Ehren gedenken. Die Kolleginnen und Kollegen der Geschäftsbüchsefabrik **L. Juergens, Berlin**.

Zahlstelle flensburg.

Nach langem Leiden verschied unser treues und unbergeliches Mitglied

Heinr. Heilmann

an einer Lungenkrankheit im Alter von 83 Jahren.

Die Ortsverwaltung.

Unserem werten Kollegen

Emil Strohmenger

und seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Straßburg.

Unserem lieben Kollegen **Kurt Froberg** und seiner lieben Braut **Frl. Milli Stone** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Zahlstelle Essen-Ruhr.

Unserem lieben Kollegen **Heinrich Miller** sowie seiner Braut **Frl. Frieda Berg** zur Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.

Die Kollegen der Zahlstelle Heselohn.

Unserem lieben Kollegen **Friedrich Schanzbach** nebst Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Neuwied a. Rh.

Unserem verehrten Kollegen und langjährigen Vorstehen
Adolf Buddenberg
zu seinem Weggang von hier ein herzliches Lebewohl und viel Glück in seiner neuen Stellung. Zahlstelle Rißlingen-Wilhelmsbaben.

Bekannt ist in aller Welt, daß die Werkzeuge mit dem Stempel **F. Clement, Leipzig**, in den meisten Werkstätten mit Vorliebe und höchstem Erfolg benutzt werden.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch, den 18. September 1912, abends 5 1/2 Uhr in Graumanns Festsälen, Raunhufstr. 27

Branchen-Versammlung

der Album-, Mappen- u. Galanteriewarenbranche.

Tagesordnung:

1. Vortrag des Genossen Redakteur Carl Bermuth: „Bildungsprobleme einst und jetzt.“
2. Ersatzwahlen zur Branchenleitung.
3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet Die Branchenleitung.

Tüchtige Etuisarbeiter

auf Etuis für Toiletten-Artikel, bei hohen Löhnen per sofort gesucht. Offerten unter **Etuis 385** an die Expedition d. Blattes.

Etuischreiner,

firm in allen vorkommenden Arbeiten, bei sehr hohem Lohn gesucht. Offerten mit Lohnansprüchen unter **M. W. 3478** an **Haasenstein & Vogler, A.-G., Stuttgart**.

Tüchtiger zuverlässiger Buchbinder

zur Ueberwachung meiner Tüten-Fabrikation und Zuschneiden per bald gesucht.

Gustav Wildner, Glogau.

Für meine Kartonfabrik suche ich einen tüchtigen Mann, der Schräg-Schnitt auf Kartons

setzen kann. Ausföhrliche Offerten erbittet **S. Hansens Son**, Fotografisch Handelsbuis og Kartonfabrik, Odense, Jernbanegade 9 (Dänemark).

Lohntarif für Buchbinderarbeiten

Preis für Mitglieder 1.— Mt. einschließlich Porto (bei Partiebezug ermäßigt sich das Porto), für Nichtmitglieder 3,20 Mt.

Separat-Auszug für Mädchen-Arbeiten

Preis für Mitglieder 50 Pf. einschließlich Porto für Nichtmitglieder 1,10 Mt.

Inserate
finden nur Aufnahme, wenn ihnen der Betrag beigelegt ist.

Achtung! Zahlstelle Berlin.

Geschäftsbuchbranche.

Dienstag, den 17. September, abends 5 1/2 Uhr

in Schulz' Festsälen, Königsgraben 2, Ecke Münzstraße

Versammlung

der in den Betrieben von **Bachmann & Göbel, Bollfras & Apel, Bock & Roske, Eyck & Friedlaender, Fritz & Schulz, C. Juergens, Moriz & Kummer u. R. Pörtner** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

„Die Teuerung und ihre Abwehr.“
Referent: Kollege Harber.

Verschiedenes.

Donnerstag, den 19. September, abends 5 1/2 Uhr

in den „Rittersälen“, Ritterstr. 75

Versammlung

der in den Betrieben von **Aberle & Birk, C. M. Barichall, Breske Nachf., Hildebrand & Stephan, Ch. Feuer, Emil Jagert, Kismet Registrator, Gebr. Knörck, H. F. Lehmann, E. Neumann, Ferd. Schneider** und **Alex. Weber** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

„Der gewerkschaftliche Kampf.“
Referent: Kollege Czerny.

Verschiedenes.

Freitag, den 20. September, abends 5 1/2 Uhr

im **Marinehaus, Brandenburger Ufer**, an der **Jannowitzbrücke, Infanteriekaal**

Versammlung

der in den Betrieben von **Becker & Hörmann, C. Blochwitz, Hch. Fasbender, Ad. Joachim, Kellermann & Berkner, C. Kühn Söhne, C. Petich, Riefenstahl, Zumpe & Co.** und **H. Schuckar** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

„Frauenarbeit, Frauenlöhne, Frauenrechte.“
Referentin: Kollegin Schreihart.

Verschiedenes.

Dienstag, den 24. September, abends 5 1/2 Uhr

in **Funkes Festsälen, Triftstr. 63**

Versammlung

der in den Betrieben von **Ferd. Ashelm, Ad. Zumpe G. m. b. H., Glogowski, C. Ulrich und Nordhaus & Ostermann** beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tagesordnung:

„Zweck und Ziele der gewerkschaftlichen Organisation.“
Referent: Kollege Gabel.

Verschiedenes.

Lebhafte Agitation für diese Versammlungen erwartet

Die Branchenleitung.



Lieferung ganzer Einrichtungen für Buchbinderladen u. -Werkstatt
O. Th. Winckler, Leipzig